Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

16.01.1932 (Nr. 13)

Visual Library

BTZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Sonnabend, 16. Januar 1932 • Nummer 13

Endgültige Regelung?

London, 16. Januar. Der deutsche Botschafter besuchte den englischen Außenminister. Der englische Außenminister unterrichtete den Botschafter über die Ansichten, die im englischen Kabinett **zu Gunsten einer kurzfristigen Verlängerung des Tributmoratoriums durch die Lausanner Konferenz bestänben, durch die der Weg zu endgültiger Regelung der Reparationsfrage offen bleiben soll.**

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Trümpfe spielen wir selber aus!

Hunger droht! - Großes kommunistisches Waffenarsenal entdeckt! SA.-Mann in Stendal niedergeschossen!

NSDAP. und Volkswahl

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit:

Kaum ist der Spuk, den die Regierungspresse um die inzwischen so kläglich zusammengebrochene „Brüning-Aktion" in unverantwortlicher Weise inszenierte, aus den Köpfen der Ewig-Gestrigen verflogen, um einer durchaus begreiflichen Katzenjammer-Stimmung Platz zu machen, da wird eine neue Psychose ins Volk hineingetragen, um den verblassenden Stern eines sterbenden Systems, das nun selbst sein Ende herannahmen fühlt, noch einmal in künstlichem Glanze aufleuchten zu lassen. Wir hätten keine Veranlassung, uns bereits jetzt mit diesem neckischen Spiel spießbürgerlicher Illusionen um die Präsidentenwahl zu befassen, wenn diese Stammtischrunde abgetakelter politischer Parteien, die heute noch hinter dem System Brüning stehen, und von jeher die Schildträger seines Kampfes gegen den Nationalsozialismus waren, bei ihrem Partei-Skat unter sich bliebe und die nationalsozialistische Bewegung, die den neugeborenen Willen der Nation verkörpert, aus dem Kreis ihrer unmaßgeblichen Betrachtungen herausließe. Oder sollten sie etwa selbst der Auffassung sein, daß ihr Spiel ohne die Karte der nationalsozialistischen Bewegung verloren und hoffnungslos ist? In diesem Falle müßten wir allerdings den Herren mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zu verstehen geben, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die aus eigener Kraft das geworden ist, was sie heute dem deutschen Volke bedeutet, gewohnt ist, ihre Trümpfe selbst auszuspielen, wenn sie die Zeit dafür gekommen hält.

Die neuerdings von der Systempresse künstlich und zu durchsichtigen Zwecken verbreiteten Verlautbarungen und Meldungen, daß in den Verhandlungen um die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten, die für Dr. Brüning ein so unrühmliches Ende nahmen, da der Herr Reichspräsident sie nicht weiter verfolgt zu sehen wünschte, seitens der nationalsozialistischen Parteiführung über die Kandidatenfrage für die **verfassungsmäßige Volkswahl** verhandelt oder auch nur gesprochen worden sei, sind völlig **unzutreffend.** Was in den für die nationalsozialistische Bewegung so erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen allein zur Debatte stand, war **die Liquidierung der verfehlten Brüning-Aktion in einer für die Interessen des deutschen Volkes erträglichen und angemessenen Weise. Darüber hinaus hat die NSDAP. zur Volkswahl selbst in den Verhandlungen keinerlei Stellung genommen und sich ihre Entschlüsse vorbehalten.** Sie sind sich der Verantwortung, die ihr das Vertrauen des deutschen Volkes zur nationalsozialistischen Freiheitsbewegung auferlegt, bewußt und wird **der Oeffentlichkeit** von ihren durch keinerlei Machenschaften ihrer parteipolitischen Gegner zu beeinflussenden Entschlüssen zu gegebener Zeit Kenntnis geben.

Die wahren Marxisten

Jud Rosenfeld als Reichspräsidentkandidat!

Die SPD. dreht und windet sich verzweifelt um eine Stellung zur Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg herum. Die Ballonmütze, die Liebe zur Internationale kämpft einen hysterischen Kampf gegen den ausgeliehenen Zylinderhut und die galvanisierte „Staatstreue". Vor sieben Jahren noch konnte die Sozialdemokratie, ihre Presse und Abgeordneten, eine wüste Hetze gegen den Generalfeldmarschall inszenieren. Heute aber stößt die gleiche Clique verlogene und unehrliche Loyalitätserklärungen heraus.

Da haben es doch die Genossen von der 3. Internationale erheblich leichter. Sie präsentieren einfach ihren guten alten Teddy wieder. Gewählt wird der russische „Reitergeneral" von Stalins Gnaden sowieso nicht; es brauchten also nicht einmal die persönlichen Konkurrenzkämpfe ausgefochten werden.

Einen unerhörten Skandal aber bedeutet der Beschluß der sogenannten SAP., **ihren „Führer", den jüdischen Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld** als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl zu bestellen. Dieser Beschluß wurde, wie wir hören, auf einer „Führertagung" gefällt und soll der Oeffentlichkeit noch möglichst lange vorenthalten bleiben.

Wir haben es wahrlich herrlich weit gebracht: ein Jude darf als Reichspräsidentschaftskandidat aufgestellt werden: Das ist der wahre Marxismus, sein Ziel und Weg. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen, nicht an den heuchlerischen und verlogenen Phrasen. Es erübrigt sich jedes weitere Wort zu dieser grenzenlosen Unverschämtheit. Wie lange soll in Deutschland für derartige politische Machenschaften noch Platz sein?

Vor einer Hungerkatastrophe

Hannover, 16. Jan. **Der Hannoversche Landbund weist in einer Kundgebung darauf hin, daß heute die Verwendung von künstlichem Dünger in der Landwirtschaft nur noch annähernd 60 Prozent des gewöhnlichen Düngerbedarfs ausmacht und führt anschließend aus:**

„Es handelt sich darum, daß dieser Minderabsatz zu künstlichem Dünger auch einen entsprechenden Mindererertrag der neuen Ernte mit sich bringen muß. Die kommende Ernte wird aber dadurch noch weiterhin verringert, daß die Landwirtschaft nicht einmal in der Lage ist, das nötige Saatgut zu beziehen. Die Verwendung von Saatgut erster Absaat ist bereits auf 10 Prozent zurückgegangen. Das sind Zahlen, die die Not der Landwirtschaft zeigen, aber auch schon andeuten, wie sehr die Ernährung des deutschen Volkes aus der Ernte 1932 gefährdet ist. Daher werden jetzt, wo es vielleicht zu spät ist, die Warnungen vor dem Hunger im Jahr 1932-33 laut.

Wieder ein SA.-Mann niedergeschossen

Stendal, 15. Jan. In der letzten Nacht wurde der Nationalsozialist Baska von dem Schlosser Stiegel, der dem Reichsbanner angehört, auf der Straße niedergeschossen. Auf Baska wurden fünf Schüsse abgegeben, von denen drei den Oberkörper trafen und auch die Lunge in Mitleidenschaft zogen, so daß Lebensgefahr besteht. Baska ist noch in der Nacht im Krankenhaus operiert worden. Stiegel war vor einigen Tagen von einem Nationalsozialisten eine Pistole abgenommen worden. Wahrscheinlich aus Verärgerung darüber verübte er jetzt den Ueberfall auf Baska. Der Täter wurde noch in der Nacht festgenommen.

Sprengstoffunde bei Hagener KPD.

Hagen, 14. Jan. **Wie das Polizeipräsidium bekanntgibt, wurde am Donnerstag abend von Beamten der Abteilung 1a des Hagener Polizeipräsidiums in der Sunderlohstraße Nr. 6 ein versteckes Sprengstoff- und Waffenlager ausgehoben. Gefunden wurden 119 Pfd. Sprengstoffe, 770 Sprengkapseln, eine Menge Pistolen, Gewehre, Revolver und Munition. Mehrere Personen wurden verhaftet. Nähere Einzelheiten können im Interesse der Untersuchung zur Zeit noch nicht mitgeteilt werden.**

Wie wir von anderer Seite erfahren, handelt es sich bei den Verhafteten um Angehörige der Kommunistischen Partei.

Tribute sind schuld an der Weltkrise

Deutschlands Lage macht weitere Zahlungen unmöglich!

Berlin, 15. Januar. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigt sich in seiner Sitzung am Donnerstag, unter dem Vorsitz Krupp von Bohlen und Halbach mit der neuesten Entwicklung der Reparationsfrage, insbesondere mit dem zweiten Baseler Bericht und den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers in seinem Interview vom 9. Januar. **Auch der Reichsverband der deutschen Industrie ist der Auffassung, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich macht und daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse.**

Brüning erhält Hitlers Denkschrift

Berlin, 15. Jan. Wie verlautet, dürfte Adolf Hitler seinen Berliner Aufenthalt dazu benutzen, um dem Reichskanzler die vor kurzem angekündigte Denkschrift zu übermitteln, die seine verfassungspolitischen und sonstigen Gründe für die Ablehnung einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten enthält. Die Denkschrift wird voraussichtlich nach ihrer Ueberreichung — d. h. also wahrscheinlich im Laufe des Sonnabend — veröffentlicht werden.

Adolf Hitler wird am Sonntag abend vor dem Nationalsozialistischen deutschen Studentenbund eine Rede halten, in der er voraussichtlich die grundsätzliche Haltung der Partei zu allen aktuellen politischen Fragen darlegen wird.

Bombenanschlag auf Faschisten

Paris, 15. Jan. Nach einer Meldung aus Marseille wurde in Aubagne ein faschistenfeindlicher Bombenanschlag verübt. Am Donnerstag abend drangen zwei Italiener in eine Bar ein, über der sich der Sitz der faschistischen Gruppe des italienischen Frontkämpferbundes befindet. Sie warfen eine Bombe, durch die zwei Gäste und eine Bardame verletzt wurden. Der Sachschaden ist groß. Die Täter wurden verhaftet.

Reichswirtschaftsrat gegen Mittelstand

Seit Monaten liegt beim Reichswirtschaftsministerium ein Antrag des württembergischen Ministeriums vor, wonach die Neuerrichtung von Warenhäusern von Konzessionen abhängig gemacht werden soll. Dieser Antrag ist dem vorläufigen (!) Reichswirtschaftsrat überwiesen worden, zur Begutachtung! Am 6. Januar sollte ein Ausschuß dieses Rates über den Antrag befinden. Inzwischen hat man sich aber wieder vertagt. Offenbar hält man im Reichswirtschaftsrat den verzweifelten Existenzkampf des Mittelstandes nicht für wichtig genug.

Ehrung Eckeners

Berlin, 16. Jan. Wie Berliner Morgenblätter aus Paris melden, hat die außerordentliche Konferenz der internationalen Luftfahrtvereinigung am Freitag Dr. Eckener die große goldene Medaille für 1931 in Anerkennung seiner Amerikafahrten mit dem „Graf Zeppelin" verliehen.

Vom Volksbegehren bis zum neuen Landtag

Oldenburg, 16. Jan. Am 15. Januar wurden in den meisten Teilen des Landes die Eintragungälisten für das Volksbegehren geschlossen. Die genauen Zahlen der Eintragungen lagen bis zur Stunde den zuständigen Parteistellen noch nicht vor, man glaubt aber aus den bisher bekanntgewordenen Ziffern darauf schließen zu dürfen, daß eine weit höhere Stimmenzahl als die erforderliche von 20 000 erreicht sein wird, wofür auch die Tatsache spricht, daß fünf größere Gemeinden über 13 600 Stimmen aufbrachten. In einem „Vom Volksbegehren bis zum neuen Landtag" überschriebenen Artikel beschäftigten sich die „Nachrichten für Stadt und Land" mit der technischen Seite der weiteren Entwicklung der Dinge und stellen im Zusammenhang damit fest, daß ein Zweifel an der erfolgreichen Volksabstimmung nicht bestehen könne; denn im Freistaat Oldenburg sei nur die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Nach der vorgenommenen amtlichen Prüfung, die schätzungsweise acht bis zehn Tage später stattfinden werde, müsse die Regierung die Neuwahl des Landtages festsetzen, die kaum vor Mitte Mai stattfinden dürfte. Der dann neugewählte Landtag könnte frühestens im Juni mit seinen Arbeiten beginnen, zu einem Zeitpunkt also, an dem die ordnungsmäßige Erledigung des Haushaltplanes längst beendet sein müßte. Ob es zu einer Volksabstimmung komme, hänge ganz von der Entscheidung des Landtages ab. Sollte dieser mit der erforderlichen Mehrheit im Sinne des Volksbegehrens entscheiden, also sich selbst auflösen, was nicht unwahrscheinlich sei, so könnte die Neuwahl schon Ende März vor sich gehen.

Verfassungshüter Noske

Das „Stader Tageblatt" beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Noske, und stellt verschiedene Fragen an ihn. Es handelt sich kurz um folgendes:

Anläßlich der Verfassungsfeier hielt der Studienrat Brandt in Stade — die politische Einstellung des Herrn ist uns nicht bekannt — eine Verfassungsrede. Vorschriftsmäßig sprach er vom Freiherrn vom Stein. Der Schreiberling des Stader Volksblattes hatte anscheinend nicht zugehört oder die Rede nicht verstanden. Jedenfalls pöbelte er den Studienrat an. Der Fall kam zu Ohren des Herrn Noske, als des zuständigen Vorgesetzten, und Herr Noske tat, was er tun mußte. Er schrieb dem Volksblatt einen Brief und bat um Richtigstellung, da der Studienrat ganz nach Anweisung gesprochen hatte. Das Volksblatt brachte die Richtigstellung nicht. Was dann geschah, wissen wir nicht. Das Stader Tageblatt — dem wir im Zeichen der Notverordnung die volle Verantwortung überlassen müssen — hat sich jedenfalls zu folgenden Feststellungen veranlaßt gesehen:

1. Herr Oberpräsident Noske erklärt gegenüber einer Beschimpfung des sozialdemokratischen Volksblattes, daß Herr Brandt eine durchaus würdige Verfassungsrede gehalten hat.

2. Herr Oberpräsident Noske erklärt in einem amtlichen Schreiben an das Volksblatt, daß er ihm unterstellte Beamte nicht grundlos beschimpfen lassen darf.

3. Herr Oberpräsident Noske bittet das Volksblatt um Richtigstellung dieser grundlos beschimpfenden Ausfälle „in der nächst erscheinenden Nummer."

4. Das Volksblatt pfeift auf die Schreiben des Oberpräsidenten.

5. Oberpräsident Noske schweigt.

6. Obwohl der Herr Oberpräsident seine Beamten nicht grundlos beschimpfen lassen darf, erhält der bürgerliche Studienrat nicht den amtlichen Ehrenschutz, den der sozialdemokratische Schulrat erhalten hat.

Wir glauben sicher, daß Herr Noske, der als besonders treuer Hüter der Verfassung und eifriger Kämpe für die öffentliche Ruhe und Ordnung bekannt ist, diese Angelegenheit klarstellen wird.

Lache Bajazzo!

Berlin, 15. Jan. Der „Völkische Beobachter" hatte dieser Tage gemeldet, der Reichskanzler sei von sehr autoritativer ausländischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß er nicht mehr verhandlungsfähig sei ohne Adolf Hitlers Unterstützung, da ja kein Volk mehr hinter der Regierung stehe.

Von zuständiger Seite wird hierzu erklärt, daß ein amtliches Dementi dieser Behauptung nicht geplant sei, **da die Auslassung den Grad der erlaubten Phantasie überschreite.**

Grimme und Severing für Lehrerabbau

Berlin, 15. Jan. Der Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtages beriet am Freitag erneut den sozialdemokratischen Antrag, wonach das Staatsministerium ersucht wird, im Hinblick auf die sehr große Zahl beschäftigungsloser Schulamtsbewerber den geplanten Abbau von 7000 Lehrerstellen auf höchstens 5000 Lehrerstellen einzuschränken und den Abbau nicht bis zum 1. April 1932, sondern frühestens bis zum 1. April 1933, durchzuführen.

Kultusminister Grimme erklärte, daß der Hauptanlaß zu den Sparmaßnahmen die Finanzsorgen der Gemeinden gewesen seien. Am 31. März würden etwa 2300 Lehrer in den Ruhestand treten. Dadurch könne eine gleiche Anzahl von Junglehrern einrücken. Außerdem könnten die sonst notwendigen Versetzungen aus einem Bezirk in den anderen größtenteils unterbleiben.

Innenminister Severing erkannte die Härte der Maßnahme für die Betroffenen an, betonte aber, daß diese Maßnahmen von der Rücksichtnahme auf die Wohlfahrtsfürsorge diktiert worden seien. Ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des sozialdemokratischen Antrages könne er mit Rücksicht auf die Lage der Gemeinden nicht in Aussicht stellen.

Staatssekretär Schleusner vom Finanzministerium wies auf den großen Fehlbetrag im preußischen Haushalt hin, der die Durchführung des Antrages nicht gestattete.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei, die Weiterberatung zu vertagen, bis eine Uebersicht über die Auswirkung der neuesten Maßnahmen vom Kultusministerium vorgelegt werden könne.

„Die besten Wünsche"!

Berlin, 16. Jan. Reichskanzler Dr. Brüning richtete nach einer Meldung Berliner Blätter aus Paris, am Freitag an den aus dem Amt geschiedenen französischen Außenminister Briand ein Telegramm, in dem er ihm die besten Wünsche für seine Genesung ausspricht. Briand hat in einem Antworttelegramm seinen Dank für die Wünsche ausgesprochen.

Amtl. Wetterbericht

In die über Nordwesteuropa liegende ozeanische Luft hat sich erneut ein Warmluftzustrom von Südwesten her hineinbewegt. Dadurch wurden die südlichen Ausläufer des isländischen Tiefs wiederum verstärkt und über Großbritannien ein ausgedehntes Regengebiet verursacht. Da der Druck über Deutschland im allgemeinen noch zugenommen hat, ist anzunehmen, daß die Störungen in der Hauptsache nördlich vorbeiziehen werden. Die Witterung wird daher zunächst vorwiegend mild bleiben, vereinzelt wird es aber bei dem zu erwartenden starken nächtlichen Temperaturrückgang zu leichtem Nachtfrost kommen.

Voraussage für den 17. Januar: Noch vielfach frische südwestl. Winde, bewölkt, nur geringe Niederschläge, leichter Temperaturrückgang, vereinzelt leichter Nachtfrost.

Voraussage für den 18. Januar: Mäßige Winde südlicher Richtungen, teilweise wolkig, voraussichtlich trocken und mild.

System-Justiz

Das Unrecht an Herbert Volck

Eine gewisse Presse ist stets bereit, kriminelle Verbrecher, die sie als arme Opfer der Zeit entschuldigt, vor Strafe zu schützen.

Die gleiche Presse aber bevormundet Behörden, wenn sie ihrer Meinung nach nicht scharf genug gegen Nationalsozialisten vorgeht. Hier ist der Ausgangspunkt eines Rechtes, das mit zweierlei Maß messen soll. Im „Berliner Tageblatt" vom 23. 12. 31 behandelt der Jude Dr. Alfred Frankenfeld unter dem Titel „Rebellen um Ehre" (erschienen im Brunnen-Verlag, Willi Bischoff, Berlin) und unter gleichzeitigem Angriff auf den Verfasser dieses in Preußen verbotenen Buches, die Haftunfähigkeit des Nationalsozialisten Herbert Volck. Wörtlich heißt es: „Wenn man schon Volck von dem Antritt seiner Strafe verschont . . ." Ist dies nicht ein Versuch im Gegensatz zu den Sklareks, die Haftunfähigkeit Volcks zu ignorieren? Niemand wird ernstlich behaupten wollen, daß die Preußische Staatsanwaltschaft diesem Wink des „Berliner Tageblatt" nachgibt. Und doch. Merkwürdig. Wenige Tage später, am 5. Januar 1932, ordnet die Altonaer Staatsanwaltschaft ohne körperliche Nachprüfung der Haftunfähigkeit Volcks, dessen Strafantritt im Zuchthaus Gollnow, Pommern, für den 16. Januar 1932 an. Sechs von dem Verteidiger Graf v. d. Goltz, Stettin, bereits am 24. 11. 31 eingereichte ärztliche Gutachten, die nach eingehender körperlicher Untersuchung Volcks Haftunfähigkeit übereinstimmend feststellen, beantwortete die Staatsanwaltschaft zusammen mit dem Gesuch um sechs Monate Strafaufschub dahin, daß ein von der Staatsanwaltschaft nicht genannter, beratender Arzt, trotz der ihm vorgelegten Volckschen Krankheitsatteste, ohne jede persönliche Untersuchung die Strafvollstreckung für durchaus zulässig erklärte. Seltsam. Körperliche Untersuchung hat nicht stattgefunden. Volck und seine Verteidiger wissen nicht, wer dieser unbekannte Arzt ist. Wie die Aerzte Volcks Gesundheitszustand übereinstimmend beurteilen, besagen die Atteste wie folgt: Ein Berliner Spezialist für innere Krankheiten: „So wäre eine erneute Haft ärztlicherseits nicht zu verantworten. Ich halte Herrn Volck demgemäß nicht für haftfähig." Ein Kolberger Arzt: „. . . komme ich zu dem Schluß, daß die Gründe für die Haftunfähigkeit zur Zeit und mindestens für einige Monate noch fortbestehen." Ein zweiter Berliner Arzt: „Ich halte Herrn Volck zur Zeit und auf absehbare Zeit nicht für haftfähig." Ein seinerzeit von der gleichen Staatsanwaltschaft selbst hinzugezogener Arzt: „Eine Zuchthausinternierung würde voraussichtlich in sehr kurzer Zeit zu schweren Rückfällen führen, ist also ohne Gefährdung der Gesundheit nicht möglich." — In seiner Beschwerde gegen das ungeheuerliche Vorgehen der Staatsanwaltschaft schrieb Volcks Verteidiger: „Wieviel Versuche am lebenden Objekt hält man für gesetzlich zulässig? Ich verweise wiederholt auf die ausführlichen Zeugnisse von Aerzten und muß demgemäß das vom grünen Tisch abgegebene Gutachten des beratenden Arztes mit aller Entschiedenheit ablehnen, zumal nicht einmal mitgeteilt worden ist, wer eigentlich dieser beratende Arzt ist! Ich glaube auch einen Anspruch darauf zu haben und beschwere mich über das Verschweigen des Namens des Arztes, auf Grund dessen Gutachtens ein dritter Versuch der Inhaftierung gemacht werden soll."

Moderner Strafvollzug! Eisenbahnattentäter Schlesinger, Massenmörder Kürten, die Sklareks — arme Kranke! Die Haftunfähigkeit eines Nationalsozialisten aber ist unerwünscht.

Die erste Bürgerschaftssitzung

Kommunalpolitische Debatten, Wiederwahl des Präsidiums

Die gestrige Bürgerschaftssitzung, die erste im neuen Jahr, brachte die Erledigung einiger kommunalpolitischer Fragen, ohne daß es zu politischen Auseinandersetzungen kam. Die in jedem Jahre erforderliche Wahl des Präsidiums zog sich in die Länge, weil die Sozialdemokraten ihren aussichtslosen Kandidaten Jahn und die Kommunisten Raschen vorschlugen. Im ersten Wahlgang erhielten Jahn 40, Raschen 10 und Dr. Backhaus 51 Stimmen. Staatspartei und Zentrum gaben weiße Zettel ab. In der Stichwahl erhielt Dr. Backhaus 55 und Jahn 42 Stimmen. Damit war Dr. Backhaus wiedergewählt. Das übrige Präsidium wird gleichfalls auf ein Jahr bestätigt.

Auf die kleine nationalsozialistische Anfrage betr.

Polizeikräfte in Vegesack

teilt der Senat mit, daß der Hauptwachtmeister Loska am 1. Oktober 1931 nach Bremen versetzt worden ist und daß für ihn bislang noch kein Ersatz gestellt ist. Sobald wie irgend möglich, wird ein Ersatz gestellt werden. Bislang konnte dies wegen Mangels an Beamten noch nicht erfolgen. In der Beschäftigung von zwei früheren Distrikts-Assistenten, die nach der Neuordnung der Polizei als Polizeihauptwachtmeister geführt werden, ist eine Veränderung nicht eingetreten. Sie werden nach wie vor im Innendienst verwendet, im Bedarfsfall aber für den Außendienst mit herangezogen. Es hat sich als notwendig erwiesen, für die Nachtzeit die Polizeibeamten stärker heranzuziehen als am Tage. Damit wird erreicht, daß während der Nachtzeit (nach 10 Uhr abends) immer ein Beamter für besondere Fälle zur Verfügung steht. In der Vergangenheit ist es zwar vereinzelt vorgekommen, daß die Wache für kurze Zeit unbesetzt gewesen ist, weil der allein anwesende Beamte zu einer eiligen Hilfeleistung angefordert wurde. Es ist angeordnet worden, daß in Zukunft die Wache stets besetzt bleibt.

Es wird dann zunächst ein Antrag der Finanzdeputation behandelt, der vorsieht, daß die für das laufende Rechnungsjahr erforderlichen Mittel aus dem Haushaltseinzelplan, Wohnungsbau,

„Zinszuschüsse für den Wohnungsbau auf Grund neuer Verpflichtungen",

bestritten werden, und für das Rechnungsjahr 1932 im Haushaltplan ein Betrag von 600 000 Rm. entsprechend vorgesehen wird. Hierzu nimmt

Pg. Haltermann

das Wort und führt unter anderem aus.

Der Senat hebt in seiner Vorlage hervor, daß die Zinssenkung freiwillig sei und er brüstet sich damit, daß er auf Grund einer völlig verfehlten Wohnungsfinanzierung durch Auslandsanleihen statt durch Hauszinssteuermittel durch die 4. Reichsnotverordnung zu einer Senkung nicht gezwungen sei. Diese Fehler würden sich später dadurch auswirken, daß Bremen die Stadt der teuersten Mieten, aber auch des notleidendsten Hausbesitzes sein wird. Die Erwartung des Senats, daß weiter keine Ausfälle durch Senkung von Einnahmen entstehen mögen, zielt auf die Tarifsenkung der Städtischen Werke, die von der gesamten Bevölkerung erwartet wird. Wir verkennen nicht, daß die Notverordnungsersparnisse sich hier weitaus geringer für die Bevölkerung auswirken würden, als die Zins- und die damit verbundene Mietsenkung. Wir sind aber trotzdem der Ansicht, daß neben der Gaskostpreissenkung und der Preisermäßigung für Anschlüsse auch hier ein Weg gefunden werden muß, der die noch restlichen Ersparnisse der gesamten breiten Masse zugute kommen läßt. Des weiteren stellte Pg. Haltermann folgenden Zusatzantrag,

der zusammen mit der Vorlage gegen die Mittelpartei angenommen wurde.

Die Bürgerschaft ersucht den Ausschuß für den Wohnungsbau, im Zusammenhang mit der Frage der Umbeleihung solcher Wohnungsbauten, die seinerzeit wesentlich höher, als in den letzten Jahren gebräuchlich, mit billigen 4 Prozent verzinslichen Staatsgeldern beliehen waren, auch zu prüfen, inwieweit die Eigentümer solcher Häuser verhindert werden können, unberechtigte, nicht im Sinne der Begebung der Staatshypotheken liegende Zinsenzwischengewinne dadurch zu erzielen, daß sie infolge der Größe der niedrigverzinslichen Staatshypothek nicht benötigtes Eigengeld ihrerseits anderweitig zu hohem Zins anlegten.

Die Bürgerschaft ist der Ansicht, daß in solchen Fällen eine Umbeleihung durch Kündigung des die normale Höhe übersteigenden Betrages der 4prozentigen Staatshypothek zum nächstmöglichen Termin vorzunehmen ist, und daß hierdurch freiwerdende Staatsgelder als Umbauhypotheken zur Schaffung von Kleinwohnungen an die Eigentümer solcher hierfür geeigneter Althäuser zu begeben sind, für die sonst die Belastung durch die Mietzinssteuer nicht mehr tragbar ist.

Zu der Frage der Gemeindegetränkesteuer stellt Pg. Haltermann fest, daß **das Vorgehen des Senates in diesem Falle ein neuer Beweis dafür sei, daß sich der Senat nicht um die Beschlüsse der Bürgerschaft kümmere.** Die der Bevölkerung aufgeschwätzte Demokratie zeige hier ihre Bedeutungslosigkeit. Die Nationalsozialisten **lehnten jede neue Steuer ab.** Ein Beharrungsantrag, die Gemeindegetränkesteuer nicht durchzuführen, wurde nicht angenommen.

Der Senat hat aber nicht nur diesen Beschluß der Bürgerschaft umgestoßen, sondern auch den, sich in Berlin für **Aufhebung der Notverordnung einzusetzen.** Pg. Pfeifer stellte hierzu das Erforderliche fest und wurde deswegen von Hagedorn (SPD.) in flegelhafter Form angegriffen. Hagedorn erhielt zwei Ordnungsrufe, der Beharrungsantrag wurde aber abgelehnt.

Ein nationalsozialistischer Antrag, eine neue Zufahrtsstraße zum Verwaltungsgebäude im Hafen 3 zu schaffen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde folgender Dringlichkeitsantrag Pg. Pfeifers ohne Debatte angenommen:

Die Bürgerschaft erinnert den Senat an ihren Beschluß vom 6. November 1931, betreffend Verheiratung der Polizeibeamten. Sie spricht die Erwartung aus, daß der Senat ernsthaft die erforderlichen Schritte unternimmt, um den Polizeibeamten, die die gesetzlichen Bedingungen erfüllt haben, zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Zu der unverständlicherweise geplanten **Aufhebung der Wasserstraßendirektion Bremen**, führte Pg. Bernhard aus, daß es für Bremens Selbständigkeit unbedingt notwendig sei, die Verwaltung der Weser in Bremen zu belassen. In harten Kämpfen gegen Preußen und Oldenburg habe Bremen das geschaffen, was es heute besitzt. Die Hamburger könnten der Weser nicht die genügende Aufmerksamkeit schenken und so würden seine Freunde den hierzu eingebrachten Antrag unterstützen. Gegen den Antrag stimmen dann auch nur die Kommunisten.

Ein deutschnationaler Dringlichkeitsantrag fordert die Hauszinssteuer für Häuser, die nicht bewohnt sind, zu erlassen, bzw. für teilweise bewohnte Häuser herabzusetzen. Der Antrag wird der zuständigen Deputation zur Berichterstattung bis zum 15. Februar überwiesen. Nachdem noch der Senat aufgefordert worden ist, die Frage **verbilligter Zeitfreckenkarten der Bremer Straßenbahn** mit der Direktion zu besprechen, vertagt sich das Haus voraussichtlich bis zum 29. Januar.

Was ist mit den Bombenattentätern?

Immer größer wächst die Not des niedersächsischen und norddeutschen Landvolkes; täglich kehrt der Finanzbeamter auf den Höfen ein, werden deutsche Bauern aus ihrem jahrhundertelang gehegten Haus und Hof vertrieben. Zu dieser ungeheuren wirtschaftlichen Not kommt die Unterdrückung durch den Verwaltungsapparat. Ungeheure Empörung herrscht im Landvolk über die rigorose Verhaftung der sogenannten Bombenattentäter, die kurz vor Weihnachten mitten aus der Arbeit ins Zuchthaus geworfen wurden. Bei dieser beispiellos „humanen" Strafvollstreckung sind „höhere Kräfte" am Werke. Das „Berliner Tageblatt" forderte Wochen vor dem Gestellungsbefehl die sofortige Verhaftung der Landvolk-„Hetzer" und noch ein anderer hatte ein Interesse daran . . . der jüdische Rechtsanwalt Strauß in Lüneburg, der schon manchem Deutschen das Fell über die Ohren gezogen hat. Allgemein ist man im Lüneburger Landvolk der Auffassung, daß die Staatsanwaltschaft die Verhaftung der Landvolkleute auf Veranlassung des Justizministers vornehmen mußte, daß hinter diesem . . . der Jude Strauß steht. Er hat nämlich die besten Beziehungen zur schwarzroten Regierungskoalition und soll durch seinen Schwager, den Ministerialdirektor Hirschfeld vorstellig geworden sein.

Es ist notwendig, daß von amtlicher Seite zu diesen Vermutungen, die im Landvolk zur Gewißheit wurden, Stellung genommen wird. Wir können und wollen nicht glauben, daß hier tatsächlich derartige Querverbindungen bestehen. So weit sind wir doch schließlich noch nicht, daß deutsche Bauern auf den Wunsch eines rassefremden — man muß es schon so ausdrücken — Ausbeuters ins Zuchthaus geworfen werden, ihre Strafe wenige Tage vor dem Weihnachtsfest antreten müssen.

Wie sieht die SA.-Uniform aus?

Freisprechendes Urteil des Verdener Schöffengerichts

Verden, 14. Jan. Mit der Frage, wie eine Uniform der NSDAP. aussieht, hatte sich das hiesige Schöffengericht zu befassen. Nach einer Versammlung der NSDAP. im November hielt sich ein Parteiangehöriger im Braunhemd in einer Gastwirtschaft auf und erregte durch seine Kleidung die Aufmerksamkeit anderer Personen, die die Angelegenheit zur Anzeige brachten. Der Angeklagte hatte zu der braunen Hose und dem Braunhemd eine rote Armbinde mit einem weißen Kreuz, ein Militärkoppel mit dem Koppelschloß mit der Inschrift: „Gott mit uns" und an demselben eine Sanitätertasche getragen. Eine Nummer trug der Spiegel der Bluse nicht; ob der Angeklagte eine Hitlermütze getragen hat, konnte nicht festgestellt werden. Hat sich nun der Angeklagte durch das Tragen dieser Kleidung einer Uebertretung der Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über das Tragen der Hitleruniform schuldig gemacht? Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß man von einer Abweichung von der üblichen bürgerlichen Kleidung im Sinne der Verordnung sprechen könne, wenn auch nicht alle Merkmale der Hitleruniform festgestellt seien. Der Angeklagte habe eine einheitliche Parteiuniform im Sinne der Verordnung getragen. Auch die Frage, ob die Verordnung rechtsgültig sei, besahte der Anklagevertreter. Der Verteidiger sah in einem Hemd ohne Knöpfe, Spiegel und Nummer und ohne Hakenkreuzabzeichen keine verbotene Uniform. Er bestritt auch die Rechtsgültigkeit der Verordnung, da sie gegen Artikel 124 der Reichsverfassung verstoße. Das Gericht sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei, und zwar aus rechtlichen Gründen. Das einseitige Verbot des Oberpräsidenten der Provinz Hannover gegen eine bestimmte Partei sei rechtsungültig, da alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien.

Preußen läßt seine Beamten „versacken"

Unhaltbare Zustände
Entschließung der preußischen Kommunalbeamten

Der Gesamtvorstand des Verbandes der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens e. V. (Komba) hat sich in einer im Januar im Ingenieurhaus in Berlin abgehaltenen Tagung mit der durch die Notverordnung und besonders durch die Sonderbestimmungen der Preußischen Sparverordnung für die Beamten und Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände geschaffenen Lage befaßt, die er als völlig unhaltbar bezeichnet.

Er stellt fest, daß die vom Reich angeordneten allgemeinen Besoldungskürzungen auf dem gemeindlichen Personal nicht minder schwer lasten als auf dem Personal der übrigen öffentlichen Verwaltungen, daß darüber hinaus aber durch eine mißbräuchliche Anwendung der Preußischen Sparverordnung die Gemeindebeamten und -angestellten in weitestem Umfange auf eine Stufe herabgedrückt werden, die in keiner Weise mehr der Besoldungslage der unmittelbaren Staatsbeamten entspricht, die allen Schutzversprechungen preußischer Staatsminister zum Hohn die gemeindlichen Beamten und Angestellten „versacken" läßt, ohne daß ihnen auch nur der geringste Rechtsschutz zu Verfügung steht, ja ohne daß vielfach auch nur Gelegenheit geboten wird, mit den maßgebenden Vertretungen der Aufsichtsbehörden die Sachlage zu besprechen. Es ist durch verschiedene Vorgänge der überaus peinliche Eindruck hervorgerufen worden, daß den Staatsaufsichtsbehörden durch persönliche ungeschriebene Weisungen ein Vorgehen anempfohlen worden ist, das in der Notverordnung keine ausreichende Stütze findet.

Obgleich durch die Reichsgerichts-Urteile vom 17. März und 10. Juli 1931 die Frage des wohlerworbenen Rechtes der Beamten und die Grenzen der Eingriffsmöglichkeiten in Notzeiten klargestellt sind, hat das preußische Staatsministerium daraus die unabweisbaren Folgerungen nicht gezogen, hat es gegenüber den Gemeindebeamten trotz aller Vorstellungen bis jetzt alles unterlassen, was den Zustand der Rechtsunsicherheit beseitigen und den Schutz ganz unzweifelhaft vorhandener Rechte herbeiführen könnte.

Mag der Druck, den das Reichsfinanzministerium unter Auswertung der Notzustände in Land und Gemeinden ausübt, auch noch so stark sein, vor dem klaren Recht muß ihm von der Landesregierung ein entschiedenes Halt geboten, Rechtlosigkeit darf nicht geduldet oder gar begünstigt werden, zumal die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten die wohlerworbenen Rechte ausdrücklich unter Schutz stellen.

Die preußischen Kommunalbeamten und -angestellten verlangen mit allem Nachdruck Rückkehr zu geordneten Rechtszuständen; sie verlangen insbesondere vom Staatsministerium, daß es

1. ungesäumt die Folgerungen aus dem Reichsgerichtsurteil vom 10. Juli 1931 zieht und insbesondere auch klarstellt, daß eine vollzogene Nachprüfung gemeindlicher Besoldungsordnungen endgültig wohlerworbenes Recht entstehen läßt;

2. daß es den Grundsatz der Besoldungsgleichstellung des gemeindlichen mit dem staatlichen Personal aus den durch die Sparverordnung vom 12. September 1931 geschaffenen Zweideutigkeiten heraushebt und durch klare Weisungen an die Aufsichtsbehörde die Herabdrückung der Kommunalbeamten und -angestellten unter das Besoldungsniveau der unmittelbaren Staatsbeamten verhindert und, wo sie geschehen ist, wieder beseitigt.

Hilflose Finanzdiktatoren

Der preußische Etat für 1932 hat trotz aller Sondernotversprechungen und Sparmaßnahmen bisher noch nicht einmal auf dem Papier vereinigt werden können. Die Preußenregierung hat sich zwar einem ihrer besonderen Lieblinge als Finanzdiktator verschrieben, Herrn Klepper, der die Preußenkasse „sanierte", doch selbst der neue Besen will gar nicht kehren. Das 167-Millionendefizit besteht trotz vierwöchentlicher Beratungen und Experimenten noch immer. Vergeblich hat Herr Klepper nun auch beim Reichskanzler angeklopft, der Preußen einen Zuschuß bewilligen will. Woher wohl? Ist denn etwa der Reichsetat in Ordnung? Und wie soll es wohl den Gemeinden und Städten ergehen. Bochum hat bereits seine Zahlungen eingestellt, der Magistrat weiß nicht mehr, woher die Kosten für die Erhaltung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nehmen. Wir gehen wahrlich paradiesischen Zuständen entgegen.

Wechsel im Beamtenbund?

„Deutschland erwacht", das ist die Schlagzeile einer der letzten Nummern des „Beamtenbund", Organ des Deutschen Beamtenbundes". In dem Artikel selbst wird dann in schärfster Form gegen die Reparationen Stellung genommen; Deutschland könne einfach nicht mehr zahlen, habe genug erfüllt, sei erwacht. Wir begrüßen es, daß die Auffassung endlich auch im offiziellen Kopf des Beamtenbundes Platz gefunden hat und erinnern uns an eine nicht allzu ferne Zeit, da man von der gleichen Stelle aus etwas anderes vernehmen mußte. Die Aufrufe für den Youngplan sind noch nicht vergessen! Dürfen wir bescheiden anfragen, ob der Vorstand des Beamtenbundes aus seiner geistigen Reformation die Konsequenz gezogen hat?!

Sentimentale Bauernliebe

Eisenberger und das Tageblatt

Das Jerusalener Tageblatt (ausgerechnet!) nimmt sich jetzt ganz besonders warm der Bauernnot an, d. h. nur der „besonnenen" und „ruhigen" Landvolkleute, die mit dem offiziellen Parteiensystem einverstanden sind. Wahrscheinlich haben die liberalistischen Schreiberlinge diese mit der Lupe entdeckt. So erzählte man kürzlich eine rührende Geschichte vom „Hutzenauer", der zum Kanzler ging, um die Not der bayerischen Bergbauern darzulegen. Es ist das der Reichstagsabgeordnete Eisenberger vom Bayerischen Bauernbund, der als Außenseiter eine Sonderpolitik zu machen glaubt. Für die eigenen staatlichen Sonderwünsche jenseits der Donau hat man ja jetzt im demokratischen Lager besondere Vorliebe, um daraus gegen die NSDAP. zu hetzen, wobei die Marxisten eifrig ins gleiche Horn stoßen. Der urbayerische Eisenberger, dem alles Preußische das bewußte rote Tuch bedeutet, kommt ihnen da gerade wohl. So läßt sich das „Berliner Tageblatt" darüber von seinem Mitarbeiter schreiben:

„Als ich in die geräumige Bauernstube eintrete, sitzt der alte Eisenberger über eine Arbeit gebeugt. Er zeigt die Arbeit. Sie ist eine Denkschrift gegen den Nationalsozialismus. (Aha!) In dieser Denkschrift wird auch jener Dr. Goebbels aus Berlin genannt, der dem Hutzenauer Bauern 1000 Mk. geboten hatte, wenn er gegen Brüning stimme. Eisenberger hatte ihm eine saftige oberbayerische Antwort gegeben. (Dr. Goebbels hatte dem bei der Abstimmung im April 30 zögernden Abgeordneten zugerufen: „Man muß Ihnen wohl 1000 Mk. geben, daß Sie sich entscheiden!", worauf Eisenberger erklärte: Von Brüning habe ich mehr. Die Schriftl.) Eisenberger also antwortet dem Tageblattfritzen: „Sie wollen wissen, was der Kanzler zu mir g'sagt hat? Ich darf noch nicht alles sagen. Der Kanzler hat sich über die Bauernnot im Gebirge eingehend unterrichten lassen. Er hat mir versprochen: „Ich werde das Möglichste tun — zurzeit kann ich aber noch keine Versprechungen machen. — Mitte Januar werde ich Sie nochmals unterrichten." (Ist das nicht rührend?) Auch wenn Herr Eisenberger noch so viele Denkschriften gegen den Nationalsozialismus verzapft, will er damit etwa die Not der bayerischen Bergbauern lindern? Derartige Stimmungsmachen kennzeichnen lediglich die Urheber selbst!

Bemerkungen

Von Richard Euringer

Soviel verstehe ich davon:
Solang wir nicht lügen,
ist Revolution.

Heute sehen wir zwei Gruppen: Leute, die hoffen weiter zu wursteln, entweder, weil bei einem Wechsel „doch nichts herauskommt und ja doch alles beim alten bleibt", oder weil ihr Privatbestand keine Erschütterungen möchte. Auf der anderen Seite Menschen, die bewußt die Dinge stoßen. Es sind Verzweifelte, deren Privatbestand ihre Existenz gefährdet, oder Unerschütterliche, die ein Ziel vor Augen haben.

*

Ich glaube nicht an den Fortschritt, wie ihn die Demokraten meinen.
Aber ich glaube an den allmählichen Sieg der Reinheit über die wachsende Gemeinheit.

*

Natürlich gibt es eine Verzweiflung, die sich mit Begeisterung verwechselt.
Geist ist immer noch etwas anderes als etwa Begeisterung. Der Kampf des guten Geistes gegen die unreinen Geister wird nicht von Verzweiflung, nicht von Begeisterung gewonnen, sondern im Kampf Geist wider Geist.

*

Was sich verteidigt, das verfällt schon.
Es klingt ungeheuerlich, den Satz so allgemein zu wagen. Aber es muß dabei bleiben: was sich verteidigt, das verfällt schon.
Im Begriff der Kränkung wird die Erkrankung zugegeben.
Was sich angegriffen fühlt, kränkelt schon in seiner Gesundheit.
Um die Stoßkraft intakter Minderheiten bin ich noch nie bang gewesen. Es kommt nur darauf an, sie intakt zu halten.

*

Dies Gute hat die Not auch: Leute, die es nie begreifen, bekommen es wenigstens eingetränkt, daß der Mensch kein Privatmann ist.

*

Ein Theologe, Universitätsprofessor, sagte mir: „Je nun, vielleicht tut es ganz gut, wenn die Gottlosen (Bolschewiken) uns eine Zeit lang unterkriegen."
(Er hofft auf Märtyrer.)
Immerhin ist es mein gutes Recht, dem Experiment vorzubeugen.

*

Die Gedankenlosigkeit, mit der mancher Prediger die Christenheit in „arm und reich" teilt, verüberflüssigt manche Predigt.

*

„Wie so?" sagt mir der Generaldirektor einer großmächtigen Tageszeitung, die — bei schamloser Reklame — vorn brav bürgerlich christlich ist, „es gibt doch Bereiche des täglichen Lebens, auch in einer Tageszeitung, die weitgehend indifferent sind."
Das Merkmal derartiger Blätter ist, daß sie sich innerlichst zersetzen. Sie heben sich auf in ihrem Inhalt. Sie machen eine Theorie, der ihre Praxis ins Gesicht schlägt. Sie sind das, was ein dummes Wort „plus minus Null" nennt: ungeheuerlicher Umsatz ohne irgendwelche Leistung. Freilich sind sie das deutliche Abbild unserer Verhältnisse. Aber kein Generaldirektor wird uns davon überzeugen, daß etwas, das im tiefsten n i c h t s ist, eine große Sache sei.

*

Ein Scharlachfall unterliegt der Meldepflicht. Und die Verseuchung ganzer Schulen durch die öffentliche Unzucht genießt die Verkehrsordnung der Behörden.

*

Rührend ist es doch zu sehen, wie da und dort einmal einer der Geschäftstüchtigen von Unbehaglichkeit verfucht wird, es könnte — zehnfach verneint und ausgeschlossen!—aber es könnte vielleicht doch sein, daß außer pfiffiger Gewinnsucht noch etwas wirke in der Welt. Dann nämlich würde es sachte Zeit, rechtzeitig . . . daran zu verdienen.

*

Wir ahnen nicht, wieviel von der Forscherarbeit gewisser Wissenschaftler, von perversem Trieb gestachelt, eigentlich nur auf Perversierung des noch halbwegs Normalen abzielt.

*

Mit dem Nachweis von Bedürfnissen, Schwächen, Ansprüchen, Verwöhntheit und verderbter Neigung gab sich eine Jugend „Air", der wir Vierzigjährigen zeitlich selbst noch angehörten.
Heute bekennt der junge Mensch ganz naiv, worum er k ä m p f e.

*

Nicht: frech sein, weil man vor nichts Respekt hat!
Aber furchtlos in Ehrfurcht! Ungescheut auftreten, erfüllt von jenem Pfingstgeist, der die Leere übermächtigt, die maulaufreißend Vernichtung droht!

*

Mitläufer abzuschütteln, gibt es wahrscheinlich nur eine Gangart: Sturmschritt. Tempo 114.

*

Richte nicht!
. . . Also nicht.
Aber ich überzeuge mich täglich und von Tag zu Tag unwiderleglicher, daß ich nicht gerecht sein kann, ohne irgendwie zu richten.

*

Seien wir doch unerbittlich gegen poetische Gemüter, die das leibhafte Maschinengewehr wieder in ein „Schwert" verwandeln! Sagen wir uns doch jeden Morgen: „Mensch, du wirst körperlich auslösen müssen, was du rhetorisch aus der Hand gibst!"
Wissen war „Macht", nämlich Gewalt.
Macht . . . da meine ich Magie.
Diese Macht leiht nur der Glaube.
Kräfte über Tod und Leben, tief aus dem Geisterreich der Ahnen ins Seelenreich der Enkel hinein wachsen nur dem Glauben zu. Wer nicht zweifelt, den überwältigt keine Gewalt. Gewalt ist irdisch. Macht ist Magie. Von Hölle zu Himmel reicht der Mensch, der nicht zweifelt, noch wo er fällt.
Die Gewitzten sind gewaltig.
Mächtig ist nur der, der glaubt.

*

Unter kühlen Skeptikern wird der Gläubige „Diktator".

*

Parteien machen Politik.
Aktionen krempeln Verhältnisse um.
Die Bewegung trägt das Schicksal.

*

Judas hat den Heiland verraten. Aber gekreuzigt hat ihn jener feige Bonze, der hoffte, „oben" gefällig zu sein, da er seine Verantwortung an eine Stimmenmehrheit abgab, die dann natürlich den Lumpen wählte.

*

Meinen liebsten Kriegskameraden verlor ich im Sand der Sinai-Wüste. Die Araber, die er zum Sturm anführte (auf die Oase el Katia), verstanden sein Wort nicht. Sie ließen ihn laufen, als er lief. Sie ließen ihn schreien, als er schrie. Sie fühlten sich ziemlich wenig beteiligt, als er über die Dünen rannte mitten ins zuckende Feuer hinein.
Sie wollten nicht wissen, wie er fiel. Er fiel auf die Stirn. Er warf die Arme in die Luft, sank auf die Knie und fiel auf die Stirn . . .
Freund, es ist peinlich unzuverlässig, ob das, was du zu führen hoffst, nicht doch den Kopf noch in den Sand steckt, wenn du ausholst zum letzten Anlauf.
Aber das eine laß mich auch sagen: Es ist gänzlich unwahrscheinlich, daß du wirklich ein Führer bist, wenn du nicht so lichterloh, so rücksichtslos ohne umzuschauen auf den einen Blickpunkt losrennst, den du als dein Ziel erkannt hast.

Amtliche Bekanntmachungen

Verordnung des Statistischen Landesamts über Preisschilder und Preisverzeichnisse für Kartoffeln, Gemüse, Eier und Obst.

Vom 14. Januar 1932.

Auf Grund der Anordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 30. Dezember 1931 (Reichsanzeiger vom 31. Dezember 1931 Nr. 304) und des § 5 Kapitel 2 Erster Teil der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 699 ff.) in Verbindung mit den §§ 3 und 4 der Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 747) verordnet das Statistische Landesamt für die Stadt Bremen folgendes:

§ 1

Wer Kartoffeln, Gemüse, Eier und Obst in Läden, Schaufenstern, auf dem Wochenmarkt oder im Straßenhandel sichtbar ausstellt oder anpreist, ist verpflichtet, die Waren mit Preisschildern zu versehen, aus denen ihr genauer Verkaufspreis ersichtlich ist.

§ 2

Wer die im § 1 genannter landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Kleinhandel abgibt, ohne sie sichtbar auszustellen, ist verpflichtet, in dem Verkaufsraum ein gut sichtbares Preisverzeichnis anzubringen, in dem die nicht ausgestellten Waren unter zweifelsfreier Bezeichnung aufgeführt sind.

Bremen, den 14. Januar 1932.

Das Statistische Landesamt.

Johann Becker, Bremen, ist öffentlich auf Widerruf zum beeidigten Güterbesichtiger für Baumwollabfall, Baumwolle, Baumwollsaat, Baumwollsaatmehl, Borsten, Kopra, Erdnüsse, Erdnußkuchen, Federn, Felle, Fettwaren, Kiehs, Gummiarabicum, Gummi-elasticum, Gummi-Copal, Gummi-Damar, Hanf, Harz, Kalipot, Häute, Honig, Hörner, Indigo, Jute, Kaffee, Kakaobohnen, Kipse, Kleesamen, Körnerlack, Korbe, Korkholz, Korkholzabfälle, Leinsamen, Melasse, Mohnsaat, Oelkuchen, Palmblätter, Pfeffer, Piment, Raps- und Rübsamen, Reis, Samen, Schafwolle, Sesamsaat, Sirup, Schellack, Tabak, Tabakstengel, Talg, Zigarren, Zucker, Speck, bestellt.

13. 1. 32. **Senatsk. f. Handel und Schiff.**

Wahlen zur Gartenbaukammer

Wahlvorschläge zur Ersatzwahl für die durch Niederlegung ihrer Mandate ausgeschiedenen Mitglieder der Gartenbaukammer, Tegtmeyer, Schirmer und Berg sowie für das verstorbene Mitglied Winter sind der Landwirtschaftskammer aus dem Kreise der zur Gartenbaukammer beitragspflichtigen Erwerbsgärtner bis zum 31. Januar 1932 einzureichen. Der Vorschlag muß von wenigstens 5 Wählern unterzeichnet sein und eine Erklärung des Kandidaten enthalten, daß er die Wahl annimmt. Die drei freiwillig ausgeschiedenen Mitglieder sind sofort wiederwählbar.

15. 1. 1932. **Landwirtschaftskammer.**

In der Bekanntmachung vom 7. 1. 1932 betr. Vorstandswahl muß es statt Friedrich Steffens-Huchting heißen: Johann Steffens-Huchting.

14. 1. 1932. **Landwirtschaftskammer.**

Gemäß § 11 Abs. 4 der Wegeordnung vom 28. Oktober 1909 wird hierdurch bekannt gemacht, daß der Bescheid, durch den das das Register zum Wegeregister für die Landgemeinde Büren, betreffend den „Osterortsweg" bestätigt wurde, am 10. Januar 1932 rechtskräftig geworden ist.

Dieses Register hat nunmehr gemäß § 11 Abs. 5 der Wegeordnung volle Beweiskraft und gilt als richtig, solange und soweit nicht seine Unrichtigkeit durch gerichtliches Urteil oder nach erfolgter Zustimmung des Kreisausschusses durch Anerkenntnis des Landherrn festgestellt ist.

15. 1. 1932. **Der Landherr.**

Gerichtl. Bekanntmachungen

Berichtigung.

Handelsregister Nr. 41

Am 13. Januar 1932:

Ferd. Kroeger, Bremen: Ernst August Oppermann ist am 3. Oktober 1931 verstorben und von seiner Witwe, Henriette Marie Louise, geborenen Fuhlmann, in Bremen, als Vollmachtinhaberin beerbt worden. Diese hat das Geschäft mit dem Todestage auf den Kaufmann Adolf Bernhard Carl Hanfing in Bremen, unter Erlöschen seiner Prokura, übertragen; dieser führte es unter Uebernahme der Aktiven und Passiven unter gleicher Firma fort. Mit dem 1. Januar 1932 ist der Kaufmann Hermann Matthies in Bremen als Gesellschafter eingetreten. Seitdem offene Handelsgesellschaft.

Nur noch kurze Zeit Total-Ausverkauf

wegen Aufgabe des Geschäftes

Wir sind bei dem Rest angelangt

Preise dementsprechend

Hörhager-Laimböck

Am Wall 153-56

1mal a. Rhein Rei. hat Ruh à Platte 2 Mk. Radio-Gram. 15 Mk. Anz. Woche 3—5 ev. 1 Mk. nur bei

H. Fangmeier

Musikalienhandlung St. Magnusstraße 21

Lest die BNZ



„Sturm" Zigaretten G. m. b. H.,

Dresden-A. 21.

9.50
19.50
39.-
59.-

In diesen Preislagen bringen wir jetzt im Inventur-Ausverkauf

Kleider Mäntel usw.

in den besten Qualitäten

Pauly & Pfeiffer

Bischofsnadel 14

Blumenbinderei

Friedrich Görres

Landwehrstr. 141 Roland 1963

Mitgliederversammlung

Mittwoch, den 20. Januar. Beginn 20,30 Uhr im großen Casino-Saal. Einlaß nur gegen Ausweis. Erscheinen ist Pflicht.

NSDAP, Ortsgruppe Bremen

Vereinsabzeichen

Gravierungen Bruno Mulde Stempelfabrik Bremen Wegesende 98/99 Tel. Domsheide 29618 Werbeschilder

Bronchial-Pektoral und Eucalyptus-Menthol-Bonbons 50 Pfg.

Kilia-Drogerie

Wartburgstr. 1 am Spielplatz

Geschwister Luperti

Vor dem Steintor 98-102

Porzellan, Kristall, Haus- und Küchengeräte

Oberhemden

nach Maß zu Fabrikpreis fertigt an

Frau Peters

Römerstraße 25

Hinein in die SA

Philharmonische Gesellschaft:

Dienstag, 19. Jan.

Glocke, 8 Uhr

7. Philharmonisches Konzert

Leitung: Generalmusikdirektor Prof. Ernst Wendel. Solist: Bronislaw Hubermann, Violine. Vortragsfolge: Brahms, Sinf. no: 3. Brahms, Violinkonzert. Beethoven, Leonoren-Ouvert. no: 3.

Vorkonzert, Montag, Glocke

Die zweite Rate ist jetzt fällig!

Karten Mk. 2.50, 3.50, 4.50, 5.50 f. d. Vorkonzert Mk. 2, 3, 4, 5, zuz. 30 Pfg. Gard. bei Praeger & Meier, Bischofsnadel 1

Wußten Sie schon Zahlungserleichterungs?

Maßkleidung, an der Sie lange Freude haben, kaufen Sie am billigsten bei **Pg. R. Steinke,** Goethestraße 28, Hansa 42029. SA- u. SS-Breeches-hosen nach Maß äußerst preiswert. Verlangen Sie bitte unverbindlich Muster u. Preise

Gritzner - Kayser Nähmaschinen

herabgesetzte Preise

Reparaturwerkstatt

O. P. GRUNITZ

v. d. Steintor 36

Möbel

Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer Einzelzimmer

Große Auswahl, billig

B. Schmidt

Roland 4499 / Altenweg 4

Otto Conradt

Großschlachterei und Fleischwarenfabrik.

ff. Bockwurst, Cornedbeef, sowie alle Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen.

Falkenstraße 35 a.

Fernspr. Weser 85338

Stadttheater

Heute

Sonnabend 15 Uhr, Vorstellung für die höheren Schulen:

Der Barbier v. Sevilla

(Karten zum Preise von 50 Pfg. bis 2 Mk. im Abonnementsbüro)

20 Uhr, 98. Abonn.-Vorstellung: (Zum 75. Geburtstage des Komponisten.)

Der Evangelimann

Oper in 3 Aufzügen von Wilhelm Kienzl.

Sonntag, 15 Uhr, 49. Nachmittags-Vorstellung

Hänsel und Gretel

hierauf:

Die Puppenfee

(Kleine Preise: 40 Pfg. bis 3 Mk.) Kinder die Hälfte

19.30 Uhr, 99. Abonn.-Vorstellung

In neuer Einstudierung:

Die Kaiserin

Operette in 3 Akten Musik von Leo Fall

Montag, 20 Uhr, Geschlossene Vorstellung

Dienstag, 20 Uhr, 100. Abonn.-Vorstellung

Die Journalisten

Lustspiel von Gustav Freytag

Mittwoch, 19.30 Uhr, (101. Ab.-Vorstellung)

Margarethe

Donnerstag, 20 Uhr (102. Abonn.-Vorstellung

Die Kaiserin

Freitag, 20 Uhr, (103. Abonn. Vorstellung). Erste Vorstellung im Wagner-Zyklus

Das Rheingold

Sonnabend, 18.30 Uhr (104. Abonnem.-Vorst. (Zweite Vorst. im Wagner-Zyklus

Die Walküre

Sonntag nachmittag

Im weissen Rössl

20 Uhr (außer Abonnement)

Die drei Musketiere

Montag, 25. Jan., 20 Uhr, Geschlossene Vorstellung

Dienstag, 26. Jan. 20 Uhr (105. Abonnements-Vorstellung)

Der große Lustspielerfolg

Ingeborg

In den Centralhallen

Düsternstraße:

Volkstüml. Vorst. des Stadttheaters

Sonntag, 17. Jan., 20.15 Uhr

Der köstliche Schwank

Der Weg zur Hölle

oder: **Die tolle Lola**

Mittwoch, 20. Januar, und Montag, 25. Januar, 20.15 Uhr

Robert u. Bertram

oder

Die lustigen Vagabunden

Posse mit Gesängen und Tänzen von Gustav Raeder

Kleine Preise!

Vorverkauf täglich in den üblichen Kassenstunden

Schauspielhaus

Heute

Sonnabend, abends 8 Uhr

Der Graue

Sonntag, morgens 10 Uhr:

Theater für die tätig. Jugend 1. Zug

Sonntag, nachmittags 4 Uhr

Letztes Gastspiel Herta Windschild

Intimitäten

Lustspiel von Noel Coward (Halbe Preise)

Sonntag, abends 8 Uhr

Der entzückende Lustspielabend

Das Geschäft mit Amerika

Hierauf:

Satans Maske

Sonnabend, nachmittags 4½ Uhr:

Zum 30. Mal wegen der ungeheuren Nachfrage

Das dumme Englein

von Vicki Baum

(Ganz kleine Preise)

Winkelmann Uhren – genaue Zeit!

Qualitätsware

Papenstr. 17, Domsh. 29718

Wenn du im Warenhaus kaufst, vernichtest du den Einzelhandel!

Pelze
Pelzhaus Kampe
St. Magnusstr. 64-66
Roland 3861

Die
zinslose Tatbewegung
RING DER BAUWIRTE
Auskunft durch:
Bau- und Wirtschaftgem.
e. G. m. b. H.
Bremen, Martinstraße 12
u. Heilmann u. Co.
Kommandit-Ges., Bremen
Hauptleitung des Ringes der Bauwirte

An meine verehrte Kundschaft
Die bekannte billige, gute
Fleischquelle in den Zentral-Markthallen
A. LANDWEHR, Stand 7-8,
habe ich heute, Sonnabend, nach **Häfen 83**
gegenüber der Meinkenstraße verlegt.
Um gütigen Zuspruch bittet
A. Landwehr, Landschlachterei, Bakum/Oldenbg.

Einige Beispiele meiner Preise

Schmorbraten . . .	Pfd. nur 90 Pfg.
Mastkalbfleisch . .	Pfd. nur 80-120 Pfg.
Schweineschinken	Pfd. nur 70 Pfg.
Bauch	Pfd. nur 65 Pfg.
prima Suppenhühner	Pfd. nur 75 Pfg.

Fast neue
Stoewer-Rekord-
Schreibmaschine
zu verkaufen. Preis Mk. 70.—
Angebote u. J. 269

Beerdigungsinstitut „Pietät"
Gebr. Stubbe
Bremen, Humboldtstraße 190-92
Fernsprecher Hansa 427 45

KOHLEN
H. Goltermann
Thielenstr. 2, Weser 812 86



Vorschriftsmäßige
SA-Ausrüstung
nur beim Zeugmeister!

SA-Männer!
Bestellt und kauft Eure Ausrüstung
nur bei der
Zeugmeisterei Nord, Hannover
Hildesheimerstr. 46 - Fernruf 82754
Postscheckkonto: Hannover 16036
Auslieferungsstelle für den Bezirk Bremen:
NS-Waren-Vertrieb Bremen, Rembertistr.

Prima
Gasherde
Kohlenöfen
Badeeinrichtungen
Soltau-Weinreich
Carlstr. 8

Obst, Südfrüchte
Konserven
Siebert Burhenne
Ostertorsteinweg 5, Tel. D. 27415

Geht die BNZ weiter!

8 Pfg.-Brasil
Besser und billiger als im Warenhaus. Heinr. Müller sen., Herderstraße 22. Zigarrenfabrik.

NORD-WEST
DIESES ZEICHEN FÜHREN 200 GESCHÄFTE DIE ZUSAMMEN EINKAUFEN

Zum Inventur-Ausverkauf
die guten Qualitäten
3.50 5.50 7.50 9.50
SCHUHHAUS
Schröder
Faulenstrasse 53 * Vor dem Steintor 176-180
Gröpel. Heerstr. 190-192 * Woltmershauserstr 352

Gaststätten-Verzeichnis

Besucht
Bremens führende Vergnügungsstätten:

„Astoria"
Cabaret, Theater, Varieté
Sehenswürdigkeit.
Nur Künstler und Kapellen von Weltruf.
Abend- und Nacht-Programm.
Jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag
4 Uhr Tanz-Tee
mit großem Programm!

Atlantik
Tanzpalast
Das behagliche, stimmungsvolle Cabaret.
Täglich 2 Künstler-Vorführungen.
4-Uhr-Tee und 8½ Uhr.
Kein Weinzwang! Eintritt frei!
Bier-Bar, Alt-Wien, Rheinterrassen!

„Atlantik-Kaffee"
Bremens schönstes Konzertkaffee.
Ab 4 Uhr große Künstlerkonzerte.
Erstklassige Kapellen!

Reichsadler
Täglich Konzert und Gesellschaftstanz!
Bis 4 Uhr geöffnet!
Spez.: Hühnersuppe u. Mockturtle i. Tassen

„Magdeburger Hof"
An der Weide 46-48
Hotel und Restaurant.

Hotel Bremer Haus
Philosophenweg 15
Vornehme Zimmer in ruhiger Lage m. Warm- und Kalt-Wasser, Zentr.-H., Bad Mk. 3.50 incl. Frühstück und Bed. Gut bürgerl. Restaurant, Billard, Clubz.

Friesendonzen!
Seefisch-Gerichte
gebacken, gebraten und gekocht in großer Auswahl zu mäßigen Preisen.
Fisch-Restaurant „Ostertor"
Ostertorstr. 37 (gegenüber Polizeihaus)

„Zum Heisternest" / Pg. H. Siedenburg
Niederblockland 4, Telefon: Hilfsstelle Nied.-Blockland
Empfehle mein Lokal allen Ausflüglern und Vereinen
Kohl- und Pinkel- sowie Entenessen zu mäßigen Preisen

Privat-Mittagstisch
für Sie, wie bekannt, preiswert und gut. 12—18 Uhr.
W. KLINKERFUSS, FEHRFELD 58

Grüppenbühren --- Gasthof zum Bookholzberg
Besitzer: Pg. C. Landwehr (Ortsgr.-Lt.). Telephon 345.
Das Ziel der Nationalsozialisten.
Bek. bürgerliches Haus. Volle Pension 4.— RM. Ia. Kegelbahn und Sommergarten.

Rudolf Kaps-Betriebe
am Hauptbahnhof
Regina
das zeitgemäße Haus
Kabarett und Kaffeehaus
Grinzing
zum Heurigen,
der Wiener Stimmungsbetrieb
Tivoli
Spiel-Kaffee
CASANOVA, die vornehme Tanzbar

Wilke-Betriebe
Bremens beliebteste Vergnügungsstätten:
„Café Arkadia"
und Savoy-Bar
Bahnhofstrasse
Erstklassige Konzert- und Tanzkapellen
„Groß-Bremen"
Tanz, Kabarett, Bar
Faulenstrasse
Betriebe täglich bis 5 Uhr nachts geöffnet

Eine gute preiswerte Tasse Kaffee trinken Sie in der
Konditorei u. Kaffee Bach
Bahnhofstraße 32

Haus Niedersachsen
HUCHTING
Herm. Seevers
Donnerstags und Sonntags Tanz
Gutgepflegte Biere und Weine

Besucht diese Lokale

HOHENZOLLERN
Bier-, Wein- und Speise-Haus
Inhaber H. Kolbus, Ostertorstraße 28-29.
Mittagessen von 0.90 RM. bis 2.50 RM.
Abendessen von 1.— RM. bis 2.— RM.
Abds. erstkl. Konzerte, Sonntagmittag Tischkonzert

?

Wo kauft der Nationalsozialist

*

Wegweiser durch die Geschäftswelt

*

Herausgegeben und zusammengestellt von der

B N Z

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Anmeldungen für dieses Verzeichnis erbitten wir schnellstens unter Domsheide 258 78

Zu vermieten
Eine abgeschl.
3-Zimmer-Wohnung
mit Bad 75 Mk. monatl. z. 1.4. nachzufragen Aumunderstr. 411 bei Schulze

Gr. gemütl. möbl. Wohnz. mit 2 Betten u. eig. Kochgeleg. Winterg. i. gut. deutschem Hause,
Bleicherstr. 26 p

Stellengesuche
Jung. unabh. Frau s. Beschäftig. gleich welcher Art.
Ang. unt. B 270

Neue Limousinen Selbstfahrer
Auto-Meyer
Weser 84503

Der Friseur
Pg. Joh. Benecke
Buchstraße Nr. 54
ist gut u. billig!

Frage die völkische Auskunftei ehe du Kredit gibst!
Zuverlässige Einzelauskünfte
nur Mk. 2.50
Günstige Abonnementsabschlüsse durch:
Großengottern, Thür. Postf. 14
Generalvertretung für Bremen noch frei.

Der Herrenfriseur
Marktstr. 20 u. Petristr.
H. Kobbenbrink
Arbeitslose gegen Ausweis halbe Preise

J. C. L. Osterhus
Lüneburgerstraße 25
Bau- und Möbeltischlerei
Neuanfertigung u. Reparaturen werden prompt und preiswert ausgeführt

Vollfr. deutsche Trinkeier
liefert jederzeit frei Haus
Eberhard Claas, Geflügelfarm
Bremen-Burg, Auf d. Hunnen 19

Edel
holz-Möbel in modernen Formen, nach alter Art sauber und solide gearbeitet, finden Sie zu den denkbar niedrigsten Preisen bei
H. BEUERMANN
Möbelfabrik
Findorffstraße 40/42

Kohlen
RUDOLF ARNDT
Palmenstraße 15 — Roland 4361

Das Warenhaus

Das Warenhaus ist heute der Brennpunkt politischer und wirtschaftlicher Streitereien. Man bekämpft nicht nur die Inhaber als Vertreter der jüdischen Rasse, man bekämpft auch das Warenhaus als Produkt des jüdischen Gehirns. Andererseits verteidigt man diese moderne Betriebsform im Wirtschaftsleben. Lassen wir einmal die Verteidiger zu Wort kommen.

Deutschlands Notzeit hat große Schichten der Bevölkerung so unbemittelt gemacht, daß manchmal kaum der notwendigste Groschen zum Lebensunterhalt aufgebracht wird. Der Bedarf ist da, die Bedürfnisbefriedigung fast unmöglich. Das Warenhaussystem, neuerdings das Einheitspreisgeschäft und erst in dritter Linie die auf Ratenzahlungen aufgebauten Geschäfte, bauen auf dieser Erkenntnis ihre Geschäfte auf, gehen sogar soweit, daß sie unter Berücksichtigung kalter Jahreszeiten manchem Menschen, der nicht in der Lage ist, sein Zimmer zu heizen, durch ihre Aufenthaltsräume dies Fehlende ihm noch für Stunden spenden. Weiterhin kennt das Warenhaus keinen Kaufzwang. Man geht durch groß angelegte Verkaufsräume, schaut sich diese und jene Dinge an, ohne kaufen zu brauchen. Also den Verteidigern dieser Unternehmungen steht ein reichhaltiges beachtliches Material zur Verfügung.

Nun wollen wir einmal den Gegner hören:

Auch hier schalten wir erstmal das politische Moment aus, soweit es auszuschalten ist. Meine stark reduzierten finanziellen Verhältnisse erlauben mir nur noch gewisse Bedürfnisse der dringenden Lebensnotwendigkeit zu befriedigen. Wenn ich früher in einem Geschäft einen Anzug kaufte, Gegenstände irgendwelcher Art, so waren die zweifelsohne preislich teurer. Ich konnte mich aber darauf verlassen, daß mir mindestens dreimal solange der Gegenstand Dienste erwies. Ich war also gezwungen, solange zu sparen, bis ich den Betrag für einen soliden Gegenstand zusammen hatte. Heute locken mich die prächtigsten, farbenfreudigsten Anzüge, der Preis ist angemessen, doch nach kurzer Zeit beginnt das Reparieren und sehr schnell auch der Zerfall. Ich bin mit diesem billigen Anzug vielleicht ein Drittel soweit gekommen, wie ich mit dem doppelt so teuren Anzug gekommen bin. Das Raffinement der Mode, durch Warenhäuser groß geworden, dient dazu, selbst haltbare Gegenstände nach einem Jahr wertlos zu machen, da die Mode häufig für das betreffende Einkaufsjahr eine karikaturartige Prägung hat, die die Mode des nächsten Jahres unter Umständen verneint. **Der große Aufbau der Warenhäuser und ihrer Verkaufsräume dient in erster Linie dazu, die Begierde des Menschen, unterstützt durch den billigen Preis, über seinen wirklichen finanziellen Stand hinaus zu reizen und ein Bedürfnis großzuziehen, daß im umgekehrten Verhältnis zu der Notlage steht.** Also jetzt muß ich politisch werden, der Jude arbeitet in diesem Falle offensichtlich mit den niederen Instinkten des Menschen, wandelt in dem Glorienschein der billigen Preise als Wohltäter der Menschheit umher, um im wahrsten Sinne des Wortes ein Erzieher zum Leichtsinn zu werden. Nebenbei vergessen die meisten der Warenhauskäufer, daß es wohl keine Familie gibt, die nicht irgendwie schwere, wirtschaftliche Schläge durch das Warenhaus bekommen hat. Die Unmoral in der Bewertung von Qualitäten triumphiert, die Unmoral wird noch erweitert durch einen jüdischen Schönheitssinn, der auch nur die niederen Instinkte des Menschen heranzieht um Schönheit mit Raffinesse zu vertauschen. Der breiten Masse wird durch billige Preise eine Literatur zugänglich, die den Geschmack für alle Zukunft verbildet, den Buchhändlern Sorgen bereitet und die Leser zu Unterweltshelden animiert. Das ist **eine vom Staat geschützte und protegierte Wirtschaftsform, die Menschen einen Lebensstil gibt, der Autorität und dem Anstand ins Gesicht schlägt.**

Bund der Kaufmannsjugend im DHV. Heim: Am Wall 179-180. Sonntag: 9,30 Handball, Huckelriede. Montag: 20.15 Heimabend: Grenzlandnot — Grenzlandkampf, von Herrn Dr. Harms, Bremen. Donnerstag: 20.00 Turnen, Kleine Helle. Freitag: 20.30 Vortrag im Verbandsheim, Albrecht Erich Günther: „Die Rassen im Weltenkampf".

Konzessionierung, ein wirksames Kampfmittel gegen die Warenhäuser!

Der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrates wird sich Mitte Januar mit bestimmten Fragen der Gewerbeordnung zu beschäftigen haben. Diese Beratungen werden von bestimmten mittelständischen Kreisen als der **Beginn einer neuen und entscheidenden Periode im Kampf gegen das Warenhaus** bezeichnet. Den Anlaß gibt ein Antrag des Württembergischen Staatsministeriums an die Reichsregierung. Die Bayrische Regierung scheint diesen Antrag zu unterstützen. Die Thüringische hat ihn in einzelnen Punkten noch spezifiziert. Um was handelt es sich? Das geht klar aus den folgenden drei Fragen hervor, die das Reichswirtschaftsministerium dem Vorl. Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt hat. Die Fragen lauten:

1. Empfiehlt sich die Einführung einer gesetzlichen, etwa an den Nachweis des Bedürfnisses gebundenen **Erlaubnispflicht für Warenhäuser und warenhausähnliche Unternehmungen,** wobei auch zu prüfen wäre, ob eine solche Regelung zeitlich oder örtlich zu begrenzen wäre, oder etwa nur für Landgemeinden und kleinere und mittlere Städte gelten solle, oder empfiehlt sich, noch weitergehend, der Erlaß eines vorübergehenden, vielleicht auf mehrere Jahre befristeten Verbots für die Errichtung von Warenhäusern und warenhausähnlichen Unternehmungen?

2. Empfiehlt sich die **Zulässigkeit der Bezeichnung „Einheitspreis-Geschäft"** oder eine ähnliche Bezeichnung gesetzlich zu beschränken und nur für solche Betriebe zuzulassen, die ausschließlich Waren zu den bekannt gegebenen Einheitspreisen feilbieten? Ist ferner eine gesetzliche Verpflichtung für Einheitspreis-Geschäfte einzuführen, sämtliche Einheitspreise in einem deutlichen Anschlag in jedem Verkaufsraum und an jedem Eingang bekanntzugeben und Waren nur zu diesen Preisen feilzubieten und zu verkaufen; ist endlich eine gesetzliche Verpflichtung angebracht, neben jeder Preisangabe auch eine Angabe über Zahl, Maß und Gewicht anzubringen, wenn Waren in anderen als in handelsüblichen Einheiten der Zahl des Maßes oder des Gewichtes verkauft oder feilgehalten werden?

3. Empfiehlt sich eine wirksamere Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs dadurch, daß die **Untersagungsbefugnis des § 35 der Gewo auf den Einzelhandel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs ausgedehnt** wird? Voraussetzung für die Untersagungsbefugnis wäre dabei, daß Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß der Handeltreibende die für den Handelsbetrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt, insbesondere, wenn er durch unlautere oder gegen die guten Sitten verstoßende Ankündigungen Käufer anlockt oder gegen die Vorschriften des Gesetzes verstößt oder wenn er bei dem Warenverkauf die Unkenntnis oder Unerfahrenheit der Käufer mißbraucht?

Den eigentlichen Nachdruck legen die Väter dieses Antrages — in erster Linie der Württembergische Wirtschaftsminister Dr. Maier — **auf die Konzessionierung der Warenhäuser und warenhausähnlichen Unternehmungen.** Kann diese Konzessionierung ein wirksames Mittel im Kampf gegen das Warenhaus darstellen? Man muß sich einmal nüchtern die wirkliche Sachlage überlegen: Die Ausdehnungsperiode der Warenhäuser ist in den letzten Jahren abgeschlossen worden, Neuerrichtungen von Warenhäusern gehören heute zu den größten Seltenheiten. Sie sind nur noch da zu verzeichnen, wo Bauten bereits vor zwei Jahren, noch vor Beginn der eigentlichen Krisis begonnen worden waren. Die Konzessionierung trifft also in Wirklichkeit niemanden mehr. Sie wird von den Gegnern des Warenhauses als das Heilmittel bezeichnet und ist nur ein Scheinmittel. Warum Dr. Maier, der Württ. Wirtschaftsminister, sich auf diese völlig abwegige Maßnahme versteift hat, ist uns unerklärlich. Den mittelständlerischen Einzelhandel, den er zu schützen vorgibt, macht Dr. Maier **mit einer Illusion betrunken.**

Denn was bedeutet die Konzessionierung für **die bestehenden Warenhäuser?** Sie werden bevorrechtigte. Man schenkt ihnen das **Aushängeschild: staatlich konzessioniert!** Das Zutrauen des Publikums wird wachsen. Es wird den Eindruck haben, daß der Staat den paar hundert Warenhäusern, die bestehen, wegen der Qualität ihrer Geschäftsführung ein Privileg einräumt. Und aus dem Kampfmittel gegen das Warenhaus wird ein Segen für dieses entstehen.

Das Württemb. Staatsministerium möge uns eine Auskunft geben darüber, warum es nicht die **bestehenden Gesetze** gegen Erscheinungen zur Anwendung bringt, gegen die jetzt mit besonderem Tamtam vollkommen überflüssige Maßnahme getroffen werden sollen. Weiß die Württemb. Regierung nicht, daß das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, richtig angewandt, die Durchführung aller Maßnahmen gestattet, mit denen man dem unlauteren Wettbewerb wirkungsvoll beikommen kann? So kann durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb dem Ueberhandnehmen der **Sonderveranstaltungen** ein Riegel vorgeschoben werden.

Auch der Punkt 2, der die **gesetzliche Beschränkung der Bezeichnung** „Einheitspreis-Geschäfte" nur für solche Betriebe zugelassen sehen will, die ausschließlich Waren zu den bekanntgegebenen Einheitspreisen feilbieten, atmet denselben Geist der Wirklichkeitsfremdheit. Die bestehenden großen Unternehmungen führen die in diesem Punkt im einzelnen vorgesehenen Bestimmungen heute bereits durch: Jede Besichtigung eines Epa-Ladens ergibt, daß man da jetzt schon nur 4 Preislagen kennt. Diese Großunternehmungen werden sich also ins Fäustchen lachen, weil die gegen sie heute aufkommende **mittelständlerische Konkurrenz** (z. B. Einheitspreisabteilung der Fachgeschäfte) mit den Bestimmungen zu kämpfen haben wird, die Herr Dr. Maier zum Schutz des Mittelstandes treffen möchte! Es wäre schlecht um den Mittelstand, dessen Wohl wir in erster Linie im Auge haben, bestellt, wenn es keine wirksameren Maßnahmen zu seinem Schutze gäbe. Zu den wirksameren Maßnahmen, die allerdings nur mit einer größeren Wirklichkeitsnähe, mit einer größeren Sachkenntnis und mit einer größeren Fantasie, als sie die Väter des Württemb. Antrages aufgebracht haben, verwirklicht werden können, gehört u. E. **die Schaffung einer genossenschaftlichen Kreditorganisation für den mittelständlerischen Einzelhandel.** Man hat so viel darüber geschrieben, daß der Mittelstand auf dem Gebiet des Kredits gegenüber den Großbetrieben benachteiligt ist. Eine mittelständlerische Kreditorganisation auf genossenschaftlichem Wege, die wir für durchaus möglich halten und die dem Mittelstand wirklich hilft, zu schaffen, ist bis heute noch nicht in Angriff genommen worden. Wir behalten uns vor, darauf noch einmal zurückzukommen und warnen heute schon, sich den Illusionen hinzugeben, die die Konzessionierungsideen darstellen.

F. L.

Deutsche kauft in deutschen Geschäften!

„Geh' auch 'mal aus!"

Unter dieser Parole eröffnet das deutsche Gaststättengewerbe am festgesetzten Stichtag, dem 15. Januar, eine groß angelegte Werbeaktion.

Als Plakat, als Tischkarte und als Postkarte kommt in den Gaststätten über ganz Deutschland ein Bild zur Verwendung, das ein junges Paar an gedecktem Tisch in behaglicher Gaststätte darstellt, mit folgendem erläuternden Text:

„Geh auch mal aus!
Freude tut Not.
Was du verzehrst,
Gibt andern Brot!"

Die Werbung wird große Ausmaße haben; bisher sind 364 000 Bestellungen von Plakaten und Karten bei dem Schöpfer und Gestalter des Werbegedankens, dem Verlag der „Deutschen Hotel-Nachrichten, vereinigt mit Küche und Keller", Heinr. Eisler, Hamburg, eingegangen.

Es sollen damit weitere Kreise zu folgenden Ueberlegungen hingeführt werden:

In diesen schweren Zeiten müssen der gewaltigen Anspannung aller Kräfte durch Arbeit und Sorgen auch Stunden einer Entspannung gegenüberstehen: „Freude tut Not." Nur durch solchen Ausgleich können sich die nötigen geistigen Kräfte frisch erhalten.

Drüben hat die „New York Times" eine Umfrage veranstaltet, ob in dieser Periode arger Wirtschaftsdepression noch Geld für Erholung und Zerstreuung aufgewandt werden solle. In den eingelaufenen Antworten läßt der praktische Amerikaner Zahlen reden: es wird aufgeführt, daß in den Vereinigten Staaten jährlich 20 Milliarden Dollar — ein Viertel des Gesamteinkommens — für Zerstreuung und Erholung verausgabt werden; danach könne man leicht Rückschlüsse machen, in wie hohem Grade eine Einschränkung von Erholung und Zerstreuung zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beitragen würde. Bei uns in Deutschland ist es noch niemals üblich gewesen, daß im Durchschnitt ein Viertel des Einkommens für Vergnügungen und Erholung verausgabt wird; bei uns ist der Prozentsatz auch in normalen Zeiten erheblich bescheidener. Aber wir wissen doch aus der Umsatzstatistik, daß der Gesamtumsatz im Gaststättengewerbe sich in den Jahren seit der Stabilisierung der Währung zwischen 4 bis 6 Milliarden Reichsmark jährlich bewegt hat. Es leuchtet ohne weiteres ein, was auch bei uns der katastrophale Rückgang des Umsatzes im Gaststättengewerbe für die allgemeine Wirtschaft bedeutet: Entlassung von Arbeitskräften, Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen, Minderung der Bestellung bei Lieferanten aller Art, Einschränkungen der Instandsetzungsarbeiten usw. „Was du verzehrst, gibt andern Brot". Von der Werbung wird erhofft, daß sie dem Rückgang des Umsatzes entgegenwirkt.

Rundfunk-Programm

Sonntag, 17. Januar

7 Bremer Hafenkonzert. 8,25 Wetterdienst. 8,50 Nachrichtendienst. 9 Morgenzumnastik. 9,15 Musikalische Morgenfeier. 11,30 Feierstunde. 12,15 „Der westfälische Friede in Osnabrück". 13,15 Wetterdienst. 13,20 Mittagskonzert. 15 Plauderstunden mit dem Weltkorrespondenten Philipp Berges. 15,30 Plattdeutsche Gesänge. 16 Kindergeschichten. 16,45 Film im Funk 1931. 18 Ein Landsknechtsleben. 19 Festliche Stunde. 19,30 Die soziale Bedeutung des Sports. 19,40 Sportbericht. 19,55 Wetterdienst. 20 Volkstümliches Konzert. 22 Nachrichtendienst. 22,20 Aktueller Dienst. 22,30 Tanzfunk.

Montag, 18. Januar

6,30 Zeitangabe. 6,45 Wetterdienst. 6,50 Morgenmusik. 7 Wiederholung der Abendmeldungen. 7,05 Eisbericht. 7,50 Wetterdienst. 11,15 Reichsgründungsfeier. 12,45 Wetterdienst. 12,50 Börsenfunk. 12,55 Nauener Zeitzeichen. 13,00 Die Bedeutung des Melkens. 13,10 Bremer Futtergetreidemarkt. 13 15 Wetterdienst. 13,20 Funkwerbung. 14 Eisbericht. 15 Wetterdienst. 15,05 Börsenfunk.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil: C. A. Gildner, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. —
Rotationsdruck Karl Bockelmann, Bremen.



Inventur-Ausverkauf

Jeder muß im Januar bei **Stallmann & Harder** gewesen sein.. **gute, moderne, sehr billige Stoffe für's Frühjahr**

Unsere **erheblichen Preisermäßigungen** erstrecken sich auf das **gesamte Lager.**

Aus Bremen

Sonntagswort für die Woche

1. Kor. 3, 11: Einen anderen Grund kann niemand legen außer dem, der gelegt ist, welches ist Jesus Christus.

Der Grund eines Hauses liegt verborgen in dunkler Erde. Er ist im wörtlichen Sinn unscheinbar und unsichtbar. Aber er ist der tragende und richtunggebende Halt des Hauses. Ein Haus ohne gutes und festes Fundament ist wertlos und der Gefahr des Zusammenbruchs ausgesetzt.

So ist Jesus Christus der Grund der einzelnen Christen wie der gesamten christlichen Kirche. Wer sein Leben auf diesem Grund errichtet, der hat wohlgebaut. Jesus Christus oder die ewige Gottesliebe in ihm trägt ihn in Freud und Leid, in Sonnenschein und Sturm. Jedes Lebenshaus muß je und dann seine Probe bestehen. Ganz sicher und unabwendbar in der Stunde des Todes und des göttlichen Gerichtes. Alles Menschenwerk erweist sich dann als brüchig. Es fällt auseinander zu Staub und Schutt. Einzig der Eine, Jesus Christus mit seiner Gnade kann bis in alle Ewigkeit hinein tragen und erretten.

Er, wie ihn uns Gott durch die Evangelien und Schriften der Apostel offenbart, ist der Felsengrund, auf dem auch die christliche Kirche sicher steht. Sie befindet sich gegenwärtig einmal wieder in einem gewaltigen Zeitensturm. Marxismus, Bolschewismus, Freidenkertum und Gottlosigkeit mancherlei Art machen mächtige Anstrengungen, um ihr Schaden zuzufügen. Ungehemmt und ungestraft dürfen diese Fluten des Hasses und der Gemeinheit gegen sie anlaufen. In der Kirche selbst sind auch viele Glieder, die ihr lau und gleichgültig gegenüberstehen, oder solche, die nur durch ganz lose Bande der Gewohnheit und Sitte mit ihr verbunden sind, ja auch solche, die im Dienst der Kirche mehr sich selbst, den eigenen Vorteil, die eigene Ehre oder die äußere Macht der Kirche suchen als das Heil der Menschenseelen und die Ehre ihres Gottes. Sie mag also nach mancher Seiten hin schwach werden, oder an dieser und jener Stelle mag etwas an ihr bröckeln und stürzen. Sie wird dennoch bleiben und siegreich durch alle Wetter hindurchgehen, weil Jesus Christus ihr Grund ist. Sind seine Jünger schwach, er ist stark. Wollen sie mutlos werden, er spricht: „Fürchtet euch nicht!" Will das Haus der sichtbaren Kirche schwanken, der Grund liegt fest. Man braucht ihn nicht zu sehen, er ist doch da und verleiht Halt und Richtung und Dauer und Sieg. Und die Gegner und Gottlosen und Kirchenfeinde? „Der im Himmel wohnt, lachet ihrer und der Herr spottet ihrer."

Darum keine Sorge um die Kirche. Aber dafür sollen und wollen wir sorgen, daß wir unser Lebenshaus auf dem ewigen Grunde erbauen und ihm die durch den Grund vorgeschriebene Richtung geben, und dafür, daß wir auch der auf diesem Grunde erbauten Kirche die Treue halten und nichts anderes in den Grund und die Mauern hineinpfuschen, was nicht dem Wesen des Grundes entspricht. Und dafür, daß auch unsere vaterländische Bewegung sich nicht im Gegensatz oder auch nur in Gleichgültigkeit und Kälte gegen diesen Grund entwickelt, sondern fest auf ihm stehe. Dann können ihre Mitglieder getrost sein und freudig in die Zukunft schauen. Stürme kommen und ziehen vorüber. Dachpfannen und Hausziegel werden losgerissen und fallen. Der Grund aber bleibt. Und das ist die Hauptsache.

P. Thyssen.

Der Überfall im Barackenlager in Hastedt in der Berufung

Vor der Großen Strafkammer, unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Töwe, wurde gegen zwei der Beteiligten an der Schlägerei im Barackenlager in Hastedt (im Volksmund Neu-Mexiko genannt) verhandelt. Folgender Tatbestand wurde seinerzeit durch die Verhandlung vor dem Schöffengericht erhärtet: Am 30. Juni verteilten Nat.-Soz. unter der Leitung von Pg. Käse in Hastedt Flugblätter, die zum Besuch einer nat.-soz. Versammlung einluden und polizeilich genehmigt waren. Nachdem der Trupp von ungefähr 24 SA.-Leuten in den betreffenden Straßen Haus bei Haus die Flugblätter verteilt hatte, kamen sie auch nach dem Hulsberg, wo sich bekanntlich hinter einem Gang eine Kolonie von Notwohnungen befindet. Hier wohnen fast nur Kommunisten, trotzdem ist es natürlich das gute Recht der SA., auch hier ihre Flugblätter zu verteilen. Als sich die SA.-Leute dann am Hulsberg von einer Horde Kommunisten umringt sahen, alarmierten sie das Ueberfallkommando. Ehe dieses aber eintraf, war die Schlägerei schon im Gange. Mit Eisenstücken, Latten und Koppelriemen schlug man auf die SA.-Leute ein, von denen mehrere verletzt wurden. Käse ging, nachdem die SA.-Leute schon wieder in den Hulsberg zurückgedrängt waren, nochmals in das Barackenlager zurück, um nachzusehen, ob vielleicht noch einer von den jungen Leuten allein zurückgeblieben war. Als er sich umdrehte, um wieder nach dem Hulsberg zu gehen, wurde er von hinten feige mit einer Latte geschlagen und so verletzt, daß er das Bett hüten mußte.

In der ersten Instanz waren acht von den Schlägern angeklagt, fünf von diesen wurden freigesprochen, verurteilt wurden: **Wahl** wegen schweren Landfriedensbruches, schwerer Körperverletzung und wegen Waffenmißbrauches zu **10 Monaten Gefängnis, Haske** wegen derselben Vergehen zu **6 Monaten Gefängnis** und **Wittbecker** wegen einfachen Landfriedensbruches zu **3 Monaten Gefängnis.** Wahl und Wittbecker legten Berufung ein, der sich die Staatsanwaltschaft anschloß. **Wahl gibt zu, daß er es war, der Käse schlug als er das Barackenlager verlassen wollte und nimmt die Strafe, 3 Monate Gefängnis, die für die Körperverletzung ausgeworfen sind, an.** Die Berufung gegen das Urteil wegen Landfriedensbruchs halten beide Angeklagten, auch nach der Vermahnung des Vorsitzenden, aufrecht. Beide wollen sich weder an der Schlägerei beteiligt haben, noch wollen sie sich in unmittelbarer Nähe der Rangelei aufgehalten haben. Wahl will erst gekommen sein, als der erste Teil der Schlägerei schon vorbei war. Wittbecker gibt an, daß er erst den Tatort erreichte, als das Ueberfallkommando schon da war. Aus Neugier sei er vom Rad gestiegen, **später aber fortgelaufen, bei der Flucht habe er sein Rad nicht mehr mitkriegen können. (?)**

Die Zeugenvernehmung zeitigte in den Aussagen der Belastungszeugen kein positives Ergebnis. Die Zeit verwischt, besonders bei jungen Leuten, die im politischen Kampf stehen, viel. Aus diesem Grunde berufen sich die Zeugen der SA. auf ihre protokollarisch festgelegten Aussagen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Jordan, hat drei Entlastungszeugen für Wahl sistiert, die gehört werden sollen. Sie haben vom Fenster aus die Schlägerei beobachtet und wollen nicht gesehen haben, daß Wahl sich irgendwie beteiligt hat.

Bei dieser Sachlage sieht sich der Staatsanwalt Dr. Seidel gezwungen, die Anklage fallen zu lassen und **Freisprechung für beide Angeklagten,** trotz erheblicher Verdachtsmomente, zu beantragen.

Der Verteidiger Dr. Jordan ging zunächst auf die Mängel der Beweisaufnahme im Strafprozeß, die allen Beteiligten zur Lehre dienen sollten, ein und begründete dann seinen Antrag auf Freisprechung beider Angeklagten. **Wittbecker sei aus Mangel an Beweisen und Wahl wegen erwiesener Unschuld freizusprechen.** Für Wahl beantragte der Verteidiger Uebernahme der Kosten, auch der notwendigen Kosten der Verteidigung und der Kosten der sistierten Zeugen durch die Staatskasse.

Das Gericht sprach beide Angeklagten soweit Berufung erfolgt war, frei (bei der Gefängnisstrafe von 3 Monaten für Wahl wegen Körperverletzung bleibt es natürlich). Außer den insoweit entstandenen Kosten, trägt die Staatskasse auch noch die Zeugengebühren für zwei der sistierten Zeugen, weil ihre Aussagen der Ermittlung der Wahrheit dienten. Die weitergehenden Anträge der Verteidigung wurden abgelehnt.

Stadttheater

Ch. Gounod: „Margarete"

In der Aufführung von Gounods „Margarete" am Donnerstag sang Frau Lissitschkina die Titelrolle. Die schönen stimmlichen Mittel sowie die bewährte Gesangskultur dieser Künstlerin ist schon des öfteren an dieser Stelle gewürdigt worden. Wir wünschen jedoch auf einer deutschen Bühne ein Gretchen zu sehen, das **unserer Vorstellung von dieser zum Volksgut gewordenen Gestalt auch äußerlich entspricht.** Aufgabe und Zweck der Kunst des Theaters ist doch vor allem, der idealen Einbildungskraft des Zuschauers entgegenzukommen, nicht aber sie zu zerstören.

Will Eilers.

Die Goethefeier des Bremer Stadttheaters

Aus dem Theaterbüro wird uns geschrieben:

Eine angesehene Theaterzeitschrift veranstaltete kürzlich eine Rundfrage: Wie begehen wir das Goethejahr auf unseren Bühnen in wahrhaft goethischem Sinne? Die Antworten lauteten fast einstimmig: Indem wir in diesem Feierjahr neben den selbstverständlichen Goetheaufführungen die wertvolle deutsche Dichtung der Gegenwart pflegen, indem wir — im Gedenken an Goethe — jungen Talenten die Wege ebnen und den Lebenden ihr Recht geben. Diese kluge und richtige Antwort sollte freilich von allen Bühnen, die Kulturarbeit treiben wollen, noch wesentlich ergänzt werden: Weder das traditionelle „Zelebrieren" Goethescher Dichtungen noch ein gelegentlich aufgeführter lebender Dichter in einem sonst belanglosen und von Zufällen abhängigen Spielplan — sondern nur die Reinigung der Bühne von allem was Schund und Mittelmaß ist, von unwesentlicher billiger Auslandsware, von verlogener Sentimentalität und gesellschaftlichem Snobismus — nur diese, die ganze Spielzeit kennzeichnende Gesinnung bedeutet Goethefeier im Goethejahr.

In diesem Sinne hat das städtische Schauspiel mit seiner Goethefeier schon am 28. August begonnen, indem es neben lebendig gestalteten Klassikerinszenierungen (Urfaust, Maria Stuart, Minna von Barnhelm) gegenwärtige Dichter wie Wilhelm von Scholz, Max E. Conried und Eugen Ortner mit wirklichen Dichtungen in den Spielplan stellte. Auch die Oper, die in diesen Tagen Wagners gesamten „Ring" herausbringt, wahrte die Bedeutung und Höhe eines „Feierjahres".

Für die kommenden Wochen sind im Schauspiel Werke wesenhafter Dichter vorgesehen, deren Ernst und Können dem vielgebrauchten Wort von der „Nachfolge Goethes" Berechtigung geben. Erwin Guido Kolbenheyer überließ auf Grund des Erfolges seiner „Brücke" in der vergangenen Spielzeit nun auch sein drittes dramatisches Werk, das Schauspiel „Jagt ihn — ein Mensch!" dem Stadttheater zur Erstaufführung (28. 1.). Mitte Februar kommt der in Bremen bereits durch seine Schauspiele „Mutterlegende" und „Menschikoff und Katharina" bekannte Dramatiker Hellmuth Unger mit einem neuen Werk zu Worte. Er hat seinen 1928 im Bremer Carl Schünemann-Verlag erschienenen Roman „Eisland" für die Bühne bearbeitet und die alleinige Uraufführung dieses interessanten und packenden Stückes, das von männlichem Opfermut und Heldentum erzählt, dem Stadttheater übergeben. Das Schauspiel trägt den vorläufigen Titel „Dreiundzwanzig aus USA.". Diesen Aufführungen lebender deutscher Dichter werden im März und April Werke von O. A. Palitzsch, Kurt Heuser, Alfred Neumann und anderen folgen.

Die eigentliche Goethewoche wird — wie bereits mitgeteilt — durch eine Morgenfeier beginnen, die ihre besondere Bedeutung dadurch erhalten wird, daß der Bremer Dichter Dr. Rudolf Alexander Schröder die Gedächtnisrede hält. „Götz von Berlichingen" und „Clavigo" kommen in Neuinszenierungen heraus, „Urfaust" und „Egmont" mit der Musik Beethovens werden im Spielplan wieder aufgenommen.

Stadttheater. Auf die, morgen Sonntag, stattfindende letzte Vorstellung des entzückenden Märchenspiels „Hänsel und Gretel" und des prachtvollen großen Balletts „Die Puppenfee" wird noch einmal aufmerksam gemacht. Es gelten kleine Preise, Kinder die Hälfte.

„Hänsel und Gretel", Humperdincks unsterbliche Märchenoper, wird, zusammen mit dem großen Ballett „Die Puppenfee", am Sonntagnachmittag zu kleinen Preisen nochmals wiederholt. (Siehe Anzeige.)

„Die Kaiserin", Leo Falls glänzendste Operette aus der Rokokozeit Maria Theresias und Kaiser Franzens, wird im Stadttheater am Sonntag in neuer Einstudierung mit den Damen Roos-Reuter, Weinert, Schulhof-Frühling und den Herren Gleizner, Birkenfeld, Tröndle, Kastner, Percy herauskommen.

Die innere Befreiung der Frau. Ueber „Selma Lagerlöf, Richarda Huch und Sigrid Unset in ihrer Bedeutung für die innere Befreiung der Frau" wird die bekannte Weimarer Schriftstellerin **Emmy von Egidy,** am Donnerstag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im Vortragssaal der Buchhandlung von Halem, Schleifmühle 63, sprechen. Der **Frauenstadtbund Bremen** lädt seine Mitglieder zu diesem interessanten Vortrage, der auf seine Anregung veranstaltet wird, dringlich ein. Für die Mitglieder des Frauenstadtbundes ist der Eintrittspreis von 1 Mark auf 50 Pfennig ermäßigt.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba (1) 5.95 unverzollt. Roggen: Nordrussischer 4.85 unverzollt. Gerste: Donau 4.90 unverzollt. Russen 5.05 unverzollt. Hafer: Pomm. Weißhafer 56-7 Kilo 8.60, do. 54-5 Kilo 8.45, do. 51-2 Kilo 8.30. Mais: La Plata 8.65 verzollt. Donau Galfor 7.90 verzollt.

Kirchenzettel

Bremische Evangelische Kirche

Evang. Kirchenkanzlei, Sandstraße 10-12, Dienstag von 9—13 und 15—18 Uhr, Fernruf D. 23831 u. 28679.

Evang.-Lutherische Bekenntniskirche, (Alt-Lutheraner) Vietorstr. 21: 17 Uhr: Gottesdienst. Kemner. Jeden Mittwoch 20.15 Uhr: Bibelstunde.

St. Petri-Dom: 10.15 Uhr: Weidemann, Beckensammlg. f. d. Gemeindepflege. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst im Dom, Weidemann. 18 Uhr: Hartwich, Abendmahl, Beckensammlg. f. d. Schwesternfonds. — **Haus Seefahrt:** 10.15 Uhr: Pfalzgraf. 10.45 Uhr: Taufen ders. — **U. L. Frauen:** 10.15 Uhr: Stoevesandt, Missionsgottesdienst. 18 Uhr: Groscurth, Vaterländische Feier aus Anlaß des Reichsgründungstages, Einzelgesang von Frau L. Gerlach-Münzner. 11.45 Uhr: Kindergottesdienst. 13 Uhr: Taufen i. d. Kirche. — **St. Ansgarii:** 10.15 Uhr: Bode. 11.15 Uhr: Kindergottesdienst ders. 12 Uhr: Taufen i. d. Kirche ders. Donnerstag, 15 Uhr: Taufen im Pfarrhaus Elbornstr. 30. — **St. Stephani:** 10 Uhr: Greiffenhagen. 11.15 Uhr: Taufen ders. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst in der Oberschulaula am Doventor: Rosenboom. 18 Uhr: Vogt. Donnerstag, 20 Uhr: Bibelbetrechung im Stephani-Gemeindehaus Greiffenhagen. — **St. Stephani-Gemeindehaus, Sommerstr. 26-28:** 10 Uhr: Vogt. 11.15 Uhr: Kindergottesdienst ders. 12 Uhr: Taufen ders. Donnerstag, 20.15 Uhr: Bibelstunde ders. — **Wilhadi:** 10 Uhr: Pietor. 11 Uhr: Taufen ders. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst ders. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst im Saal Hauffstr. Arlt. 18 Uhr: Arlt. Donnerstag, 20.30 Uhr: Bibelstunde im Saal Hauffstr. Arlt. — **Immanuel:** 10 Uhr: Tiesenthal. 11.15 Uhr: Kindergottesdienst. 12 Uhr: Taufen. — **St. Remberti:** 10.15 Uhr: Schomburg. 11.15 Uhr: Taufen. 11.30 Uhr: Kindergottesdienst Schomburg. 18 Uhr: Jugendgottesdienst Steudel. — **St. Michaelis:** 10.15 Uhr: Hackländer. 11.15 Uhr: Kindergottesdienst ders. 12.30 Uhr: Taufen ders. Donnerstag, 14.30 Uhr: Taufen Doventorsdeich 4. — **St. Michaelis-Gemeindehaus, Landshuterstr. 3:** 10 Uhr: Bertuleit. 11.15 Uhr: Kindergottesdienst Bertuleit. 12.15 Uhr: Taufen ders. **Dienstag,** 20 Uhr: Bibelstunde Bertuleit. — **Friedenskirche:** 10 Uhr: Urban. 11 Uhr: Taufen ders. 18 Uhr: Meißner. 11.15 Uhr: Kindergottesdienst: Meißner in der Kirche, Urban Wielandstr. 13. Mittwoch 20,15 Uhr: Bibelstunde Lehrsaal Lessingstr. Meißner. Freitag 20,15 Uhr: Männerverein im Gemeindehause. — **St. Pauli:** 10 Uhr Mallow. 18 Uhr: v. Schwanenflügel. 11,30 Uhr: Kindergottesdienst i. d. Kirche. 11,30 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindesaal Mallow. 11,30 Uhr: Taufen, Mallow, Brückenstr. 18, 2. Et., 11,30 Uhr: Taufen, Piersig, Rolandstr. 9. Bibelstunde **Dienstag 20,15 Uhr:** im Gemeindesaal. — **Hohentor:** 10 Uhr: Boche. 11,30 Uhr: Kindergottesdienst ders. 12,45 Uhr: Taufen ders. Bibelstunde Freitag 20 Uhr: Boche. — **Zion:** 10 Uhr: D. Kühne. 11,15 Uhr Kindergottesdienst Kramer. 12 Uhr Taufen ders. Bibelstunde Kantstr. 34: Freitag 20 Uhr: für Frauen und junge Mädchen, Sonnabend 20,30 Uhr: für Männer. — **St. Jakobi:** 10 Uhr: Lange. 11 Uhr: Kindergottesdienst. 12 Uhr: Taufen in der Kirche. — **Gröpelingen:** 10 Uhr: Ordemann. 11,15 Uhr: Kindergottesdienst ders. Dienstag 20 Uhr: Bibelstunde im Lehrsaal Corzen. — **Oslebshausen:** 10 Uhr: Schmidt. 11,30 Uhr: Kindergottesdienst. — **Hastedt:** 10 Uhr: Rahm. 11,30 Uhr: Kindergottesdienst ders. 12,30 Uhr: Taufen in der Kirche. Dienstag 20,15 Uhr: Bibelstunde in der Kinderbewahranstalt. Donnerstag 12 Uhr: Taufen in der Kirche. — **Walle:** 18 Uhr: Klein. — **Woltmershauser Christuskirche:** 10,15 Uhr: Pröhl. 11,15 Kindergottesdienst. — **Rablinghausen:** 10 Uhr: Wilken. 11,30 Uhr: Kindergottesdienst. — **Horn:** 10 Uhr: Fraedrich. 11,30 Uhr Kindergottesdienst ders. — **Grambke:** 10 Uhr: Hoops. 11 Uhr: Kindergottesdienst. — **Diakonissenhaus:** 10,30 Uhr: Cremer. — **Heil- und Pflegeanstalt:** 9 Uhr: Reusche. — **Deutsche Seemannsmission:** 20 Uhr: Janz. — **Evangelische Auswanderermission:** Abschiedsgottesdienst am Tage vor Abgang der Ueberseedampfer um 19 Uhr im St. Michaelis-Gemeindehaus Landshuterstr. 3, direkt hinter d. Lloydheim.

B. Landgebiet:

Arsten: 9,30 Uhr: Wahle. 10,30 Uhr: Kindergottesdienst. — **Borgfeld:** 10 Uhr: Mohrmann. — **Kirchhuchting:** 10 Uhr Wessels. 11,15 Uhr: Sonntagsschule, ders. 16 Uhr Versammlung der konfirmierten Töchter im Konfirmandenzimmer. — **Oberneuland:** 10 Uhr: Reusche. 11,15 Uhr: Kindergottesdienst und Taufen. Mittwoch 20 Uhr: Jugendbund. — **Seehausen:** 10 Uhr: Schmedes. — **Wasserhorst:** 10,30 Uhr: Kandidat Schmalenbach. — **Altenheim Osterholz:** Dienstag 16 Uhr: Feierstunde, Reusche

C. Besond. Organisationen der Brem. Evang. Kirche:

Jugendbund für entsch. Christentum e. V., Bremen 1, Georgstr. 19: Sonnabend: 16 Uhr Kinderbund. Sonntag, 20,30 Uhr: Evangelisation. Dienstag, 20,30 Uhr: Geschäftsstunde für tätige Mitglieder. Mittwoch 20,30 Uhr: Bibelbesprechstunde nach dem Themabuch. Freitag 20,30 Uhr: Chorüben. — **Landeskirchl. Gemeinschaft e. V., In der Runken 21:** Sonntag, 11,15 Uhr: Sonntagsschule. 20,30 Uhr: Evangelisation. Mittwoch 17 Uhr: Kinderbund. 20,30 Uhr: Bibelstunde. Freitag 20,30 Uhr: Gebetstunde. — **Jugendbund für entsch. Christentum, Bremen 2, In der Runken 21:** Sonntag 18 Uhr und Donnerstag 20,15 Uhr: Jugendbund. — **Gröpelingen, Adelenstift:** Sonntag und Donnerstag 20 Uhr: Bibelstunde.

Aus Bremen Stadt und Staat

Bürgermeister Dr. Donandt 80 Jahre alt

Bürgermeister Dr. Donandt ist am 18. Januar 1852 als Sohn des Senators Ferdinand Donandt geboren. Der Vater gehörte fast 20 Jahre dem Bremer Senat an. Martin Donatus Ferdinand Donandt studierte in Göttingen, Erlangen und Berlin die Rechte, wurde 1877 zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft bei den bremischen Gerichten zugelassen und später zum Richter ernannt. 1891 trat er in die Bürgerschaft ein, die ihn alsbald in die Finanzdeputation berief und 1925 zum Bürgermeister und Präsidenten wählte. Ehrenhalber wurde im Jahre 1927 die Würde eines Dr. Ing. durch die technische Hochschule in Hannover verliehen. Dr. Donandt gehört demnach dem Senat seit 1898 in ununterbrochener Folge an.

Die Maske herunter

Die Not der Kriegsbeschädigten, insbesondere aber der Hinterbliebenen und Kriegereltern ist nachgerade so groß, daß es täglich langer Berichte bedürfte, um das schreiende Unrecht zu kennzeichnen. Dringlicher und lauter aber erhebt sich unter den Betroffenen die Frage: **Wie konnte dies alles so kommen?** Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, sich einmal mit dem Werdegang der Kriegsopferbewegung zu beschäftigen.

Als im Jahre 1917 die Kriegsbeschädigten zum ersten Male versuchten, sich in treuer Frontkameradschaft zusammen zu schließen, um gemeinsam ihre Belange vertreten zu können, waren es in erster Linie die freien Gewerkschaften und mit ihnen in edlem Wettstreit die gelben und Hirsch-Dunckerschen, welche versuchten diese sich auftuende Domäne zwecks Sicherung von neuen Bonzenposten zu erobern. Als nun aber selbst durchaus gewerkschaftlich gut geschulte Arbeiter feststellen mußten, daß gerade diesen Leuten nicht einmal der ernste Wille zu einer ernsthaften Vertretung anzumerken war, und die Kriegsbeschädigten eben mehr Vertrauen zu den aus ihrer Mitte gewählten Kameraden hatten, scheuten sich diese „edlen Arbeitervertreter" nicht, diesen Zusammenschluß der Kriegsopfer als den Beginn einer revolutionären Bewegung bei der Regierung zu verdächtigen. Erst als auch dieser Schuß fehlging, stürzten sich prominente Vertreter der SPD mit der diesen Leuten eigenen Gier in die Versammlungen und stellten ihre „Köpfe" zur Verfügung. Um nun zu ermöglichen, daß auch die Helden, die den Krieg in der Heimat mitmachten, mit den Posten bedacht werden konnten, mußten satzungsmäßig auch für die Kriegsteilnehmer die gleichen Rechte festgelegt werden. War nun schon einmal die Zersplitterung gelungen, so bedurfte es nur noch der entsprechenden Propaganda, um den Marxisten, die, man höre und staune, dank der finanziellen Unterstützung des Großkapitalisten und Juden Parvus Halphand, natürlich das Rennen machten, den Löwenanteil der zu vergebenden Posten zu sichern. Daß gerade diese Vertreter nun natürlich alles unterlassen haben, was zur Sicherung der Rechte der Kriegsopfer beitragen könnte. Diese Handlungsweise ist natürlich allein schon aus der pazifistischen Einstellung dieser edlen Systemanhänger erklärlich. Es liegt nun bei den Kriegsopfern selbst, daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen und sich zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen. Die Kriegsopfer-Nothilfe der NSDAP. führt den Kampf gegen das Unrecht, wo immer es anzutreffen ist und wird den einmal beschrittenen geraden Weg nicht verlassen.

Bar . . .

Bremens Seeverkehr im Jahre 1931

„Seeschiffsverkehr ziemlich gehalten. Güterverkehr der deutschen Wirtschaft entsprechend erheblich schwächer!"

Die Seehäfen galten schon immer als Barometer der Wirtschaft. Von der jetzigen Weltkrise sind sie aber besonders hart getroffen. Denn in früheren Krisen blieb die Verbundenheit der Völker im Welthandel und Weltverkehr an sich unangetastet. Aber die gegenwärtigen autarkischen Bestrebungen, die sich vielfach in hohen Zollmauern zeigen, und die Notmaßnahmen mancher Völker, ihre Wirtschaft durch Absperrung vom Welthandel mittels Devisen-Verordnungen usw. intakt zu halten, sind ausgesprochen weltverkehrsfeindlich. So werden denn Seeschiffahrt, Seehandel und Seehäfen den Stürmen, welche das Gebäude der Weltwirtschaft erschüttern, in besonderem Maße preisgegeben. Und namentlich in Deutschland, welches am meisten von der Katastrophe betroffen ist und seine Häfen und seine Schiffahrt ganz auf eigene Kraft gestellt, sind im Gegensatz zur Subventionierungspolitik fast aller anderen Länder.

Man muß diese Tatsachen bei den jetzt vorliegenden Ziffern über den Seeverkehr Bremens berücksichtigen. Sie zeigen zwar erhebliche Rückschläge, aber an der Gesamtentwicklung Deutschlands und des Weltverkehrs gemessen, zeigen sie doch, daß dieser deutsche Hafen, der den Wettbewerb des westlichen Auslandes besonders stark ausgesetzt ist, auch in der Wirtschaftskatastrophe 1931 noch seine innere Kraft und eine gesunde Grundlage bewahren konnte.

Der Ausfall im Güterverkehr von 19,5 Prozent trifft Häfen, Handel und Schiffahrt schwer, hält sich aber doch im Rahmen der allgemeinen Entwicklung, obgleich gerade Bremen durch die Lage am Textilmarkt und die Zwangsmaßnahmen in der Getreidewirtschaft besonders stark getroffen wird.

Im einzelnen wird folgendes berichtet:

Der Seeschiffsverkehr für bremische Rechnung hatte im Dezember wieder einen Rückgang zu verzeichnen. Es kamen 688 462 NRT., oder 25 000 NRT. gleich 4 Prozent weniger an als im November und rund 97 000 NRT. gleich 13 Prozent weniger als im Dezember 1930.

Im abgelaufenen Jahre trafen insgesamt 8 583 676 NRT. ein gegen 9 133 271 NRT. im Jahre 1930, also 549 595 NRT. oder 6 Prozent weniger. Die Ursachen für den Rückgang sind in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Es ist aber immerhin bemerkenswert, daß trotz des Fortschreitens der Depression seit Juni 1931 eine Verschlechterung um nur 2 Prozent eingetreten ist. —

Im seewärtigen Güterverkehr der fünf wichtigen Weserhäfen trat im Dezember nach der Belebung im Vormonat ebenfalls wieder ein Rückgang ein. Einfuhr und Ausfuhr zusammen erreichten nur 461 000 To. Das sind 24 000 To. oder 5 Prozent weniger als im November und 61 000 Tonnen weniger als im Dezember 1930. Die Einfuhr blieb mit 313 000 To. um 17 000 To. bezw. 44 000 To. zurück, die Ausfuhr mit 148 000 To. um 7000 To. bezw. 17 000 Tonnen.

Im Jahre 1931 wurden seewärts 5 193 000 To. ein- und ausgeführt gegen 6 449 000 To. im Jahre 1930. Damit stellt sich der Ausfall gegenüber 1930 auf 1 256 000 To. oder 19,5 Prozent — Der größte Teil der Abnahme kommt auf die Einfuhr. Sie fiel von 4 191 000 To. 1930 auf 3 207 000 To., büßte also 23,5 Prozent ein. Während der Rückgang 1930 gegenüber 1929 in erster Linie auf den geringeren Getreidezufuhren infolge der Regierungsmaßnahmen beruhte, wurde 1931 fast alle Güter betroffen, besonders Erz, Holz, Baumwolle, Wolle und Getreide. Die Ausfuhr betrug 1931 1 986 000 To. Sie verlor gegenüber dem Jahre 1930 271 000 To. oder 12 Prozent. Abgenommen haben hauptsächlich Kali und Stückgüter.

Unfälle. Auf der Oberneulanderstr. wurde ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen angefahren und mußte mit einer Gehirnerschütterung der Gr. Krankenanstalt zugeführt werden. — Ein Personenkraftwagen, der auf der Oslebshauser Heerstraße einen Radfahrer überholen wollte, fuhr nach links auf den Gehweg und gegen einen Baum, da der Radfahrer während der Ueberholung plötzlich ein Zeichen gegeben haben soll, daß er nach links einzubiegen beabsichtigte. Zwei Insassen des Kraftwagens wurden durch Glassplitter leicht verletzt. Der Kraftwagen wurde derartig beschädigt, daß er abgeschleppt werden mußte. — Leicht verletzt wurde ein Radfahrer, der auf dem Radfahrweg an der Gröpelinger Heerstraße von einem Kraftwagen angefahren worden war, der auf ein an der Unfallstelle belegenes Grundstück fahren wollte. — Ein Personenkraftwagen, der die Georgstraße in Richtung Bahnhof befuhr, sah sich plötzlich einem anderen Personenkraftwagen gegenüber, der aus der Birkenstraße kommend, in Richtung Falkenstraße weiterfahren wollte. Der die Georgstraße befahrende Kraftwagenführer fuhr nach links auf den Gehweg und gegen einen Baum, um einen Zusammenstoß mit dem anderen Kraftwagen aus dem Wege zu gehen. Hierbei wurde der Kraftwager derart beschädigt, daß er abgeschleppt werden mußte. Zwei Insassen dieses Kraftwagens wurden durch Glassplitter leicht verletzt. — Auf der Rembertistraße wurde ein Passant von einem Personenkraftwagen angefahren und leicht verletzt. Ebenso ist ein Fußgänger leicht verletzt worden, der auf der Sebaldsbrücker Heerstraße von einem Kraftwagen angefahren worden war. — Dem Diakonissenhause wurde eine Radfahrerin zugeführt, die auf der Faulenstraße vor dem Kaufhause Bamberger beim Ueberholen eines dort aufgestellten Lastwagens von einer Straßenbahn angefahren worden war, die im gleichen Augenblick an dem Lastwagen vorbeifuhr. Die Radfahrerin hat anscheinend innere Verletzungen erlitten. — Ferner mußte ein Passant ins Diakonissenhaus geschafft werden, der auf dem Steffensweg infolge eines Schwindelanfalls zu Fall gekommen war.

Polizeibericht vom 15. Januar. Der Münzgasmessereinbrecher treibt noch immer sein Unwesen. Er hat jetzt Automaten in der Feldstraße und Vagtstraße erbrochen und des Inhalts beraubt. Das Publikum wird um Mitfahndung gebeten. — In den letzten Nächten wurde der Aushängekasten eines Sportvereins, der an einem Hause an der Ansgarikirche angebracht war, gestohlen. — Einbrecher entwendeten eine Schreibmaschine, Orga Privat Nr. 168 447. — **Eigentümer gesucht.** Im Besitze eines zur Zeit hier in Untersuchungshaft befindlichen 62jährigen Tischlers, der mit seinem 23jährigen Sohne nachts auf Rädern auf Diebesfahrten in der Umgebung Bremens Hühner, Kartoffeln und Wäsche gestohlen hat, sind nachstehend aufgeführte Gegenstände aufgefunden: Ein Kopfkissenbezug, eine Serviette, gez. E. W., ein Damenhemd, ein Geschirrhandtuch, 7 Herrentaschentücher, ein Herrentaschentuch gez. mit rotem H, ein Damentaschentuch, mit blauem K gezeichnet, ein Damentaschentuch, gez. mit weißem H. B. Sämtliche Stücke werden gestohlen sein. Die unbekannten Eigentümer werden gebeten, sich umgehend im Polizeihause, Zimmer 349, zu melden.

Bremer Getreidemarkt. Weizen: Manitoba (1) 5.95 unverzollt. Roggen: Nordrussischer 4.85 unverzollt. Gerste: Donau 4.85 unverzollt. La Plata 4.90 unverzollt. Russen 5.00 unverzollt. Hafer: Pomm. Weißhafer 56-7 Kilo 8.60, do. 54-5 Kilo 8.45, do. 51-2 Kilo 8.30. Mais: La Plata 8.65 verzollt. Donau Galfox 7.90 verzollt. Tendenz: Ruhig!

Berücksichtigt die Inserenten!

Gegen Röte der Hände und des Gesichts

sowie unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeig-weiße Creme Leodor, die gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. — Die kühlende und heilende Wirkung tritt besonders im Winter in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut, insbesondere bei dem so lästigen Juckreiz der Haut, leistet die Creme vorzügliche Dienste. In allen diesen Fällen trägt man sie in dünner Schicht auf und wiederholt dies mehrmals täglich, abends in stärkerer Schicht. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem taufrisch gepflückten Frühlingsstrauß von Maiglöckchen, Veilchen und Flieder, ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Leodor-Kühl-Creme, rote Packung; Leodor-Fett-Creme, blaue Packung. — Wirksam unterstützt durch Leodor-Edel-Seife. — Unter-Vorkriegspreise. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Lislut

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG

von E. CZECH-JOCHBERG

„Warum hat dann aber, wenn der Geist ein anderer war, Knilling dem vermittelnden Reichsarbeitsminister Brauns, als er nach München kam, einfach die Türe gewiesen?"

Dann beginnt Kahr mit einer Darstellung der Vorfälle im Bürgerbräukeller. Es sei nicht richtig, daß er, nachdem er Hitler die Rechte gegeben hätte, auch noch die Linke darübergelegt . . .

Hitler springt auf: „Bin ich ein Lügner?"

Er habe sich auch nicht vor den Pistolen gefürchtet . . .

„Warum haben Sie ihre Wohnung mit Stacheldrahtverhauen umgeben?" ruft jemand.

— — — — — — — — — — —

Der Saal rauschte vor Erregung. Es dauerte lange, ehe sie abebbte.

Die Stille nützte der Vorsitzende, um zu konstatieren, daß es unrichtig sei (was Berliner Zeitungen wissen wollten), daß die Person des bayrischen Exkronprinzen in die Untersuchung hineingezogen worden sei oder gezogen würde.

Die Angeklagten sandten einen stillen Blick zu, für keinen Außenstehenden bemerkbar . . .

— — — — — — — — — — —

„Die Leitung des Prozesses habe ich."

Das schrien alle Blätter Berlins, das lächelte München (bitter die einen, vergnügt die anderen).

Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß General von Lossow mit allen Anzeichen höchster Erregung in den Verhandlungssaal platzte.

Die Meute der Anwälte wird auf ihn losgelassen. Aber Lossow hebt seinen scharfen Kopf, er antwortet nicht.

Bis der Vorsitzende bescheiden erwähnt, daß das Beantworten und Nichtbeantworten einer Frage er entscheide und nicht der Zeuge.

Dann knistert das Kreuzverhör.

Lossow vermag nicht mehr zu stehen. Er durchmißt den engen Raum zwischen den Rechtsanwaltstischen, daß die Sporen klingen (er ist in Uniform. Als Kommandant der bayerischen Reichswehr!).

Bis er den Verteidiger Kohl anpfeift: „Was weiß ich, was in China oder Japan für Unsinn geschehen ist."

Da springt der Rechtsanwalt vor: „Ich verbitte mir diesen Ton. Ich bin nicht ihr Rekrut, Herr General . . . ich bin Offizier wie Sie."

Der Vorsitzende verurteilt Lossow zu 10 Mark Ordnungsstrafe.

Aber die Unruhe will sich nicht glätten. Hitler wirft Lossow Wortbruch vor: „Sie haben selbst gesagt: Meinetwegen könnt ihr mich ruhig den Meineidbauer nennen."

— — — — — — — — — — —

Hitler war längst zum Staatsanwalt geworden. Immer klarer aber erstand das Bild des 9. November damals in München vor den Augen der Oeffentlichkeit. Der Bannstrahl, der über die Alpen gegen Ludendorff schoß, weil er sich vermessen hatte, die Interessen zu beleuchten, die immerhin eine große Partei Deutschlands an der Zerstückelung des Reiches haben könnte, verstärkten nur den Eindruck, den man von dem Prozesse gewonnen.

Daß Kahr den Putsch vorbereitet hatte, nicht den vom 9. November, sondern einen anderen, das wußte man nun, und daß die bayerische Reichswehr eine aktive Rolle hätte spielen sollen bei der „Ordnung der Verhältnisse in Sachsen".

Weniger klar sah man andere Dinge. Waren die Kahrs und Lossows im letzten Augenblick vor ihrer eigenen Courage erschrocken, so daß Hitler sie „abspringen" lassen wollte?

Oder hatte Hitler den Putsch unternommen, weil nur seine Person die Gewähr dafür bot, daß das Unternehmen nicht die Zerstückelung Deutschlands zum Ziele hatte?

— — — — — — — — — — —

So konnte denn einer der Verteidiger in seinem Plädoyer, das vor atemlosem und sozusagen ausverkauften Hause stattfand, sagen: „Bayern hatte die Reichsverfassung längst zerschlagen, hatte ihr Instrument, die Reichswehr, zertrümmert. Ein Hochverrat war begrifflich also nicht mehr möglich."

— — — — — — — — — — —

Die Polizei sah dem 31. März mit Unruhe entgegen. Der Hitlerprozeß hatte die Gemüter der Stadt in beängstigender Weise entzündet. Der Verteidiger Hitlers und der übrigen Angeklagten vermochten sich kaum mehr ihren Weg durch die Menge zu bahnen, die Heilrufe schlugen über ihnen zusammen.

In keinem Bierhaus, in keinem Büro sprach man von etwas anderem als dem bevorstehenden Urteil.

Wurde Hitler verurteilt? Würde man das wagen? Die Adern schwollen bei diesem Gedanken, und junge Hitzköpfe brauten für diesen Fall schon ihre Rache.

Die Polizei selbst rechnete mit großen Unruhen. Alle wichtigen Gebäude sollten besetzt werden an diesem Tage. Schon am frühen Tage glich München einem Heerlager.

Sonderbar stark schien der Verkehr plötzlich. Durch die Straßen schoben sich die Menschen in ganzen Klumpen, das „Weitergehen!" der Polizei wurde nicht beachtet.

An den Wänden las man Kreideaufschriften, die nicht gerade Kosenamen für Kahr enthielten. Die Studenten bummelten in geschlossenen Massen, auch die Nähe einer Patrouille konnte sie nicht hindern, Lossow und Kahr mit Worten zu nennen, die nach dem Landesgericht schrien.

Dann wußten es plötzlich alle. Weiß Gott, wie das möglich war, wie diese Benachrichtigung zustande kam. Aber sie wußten es: Daß die Verteidiger Zeichen geben würden.

Im offenen Wagen würden sie fahren, die Rechtsanwälte der Nationalsozialisten, würden eine riesige Kriegsfahne hinter sich knattern lassen, falls Hitler freikäme oder auch, wenn er zu Festung verurteilt würde, Strafaufschub erhielte.

Anderenfalls würde keine Fahne gehißt werden und der Wagen langsam durch die Stadt fahren.

Alle Fenster waren offen, auf den Bürgersteigen wimmelte es von Menschen wie in einem Bienenschwarm. Noch immer kein Wagen mit den Rechtsanwälten zu sehen.

„Da werden wir noch ein paar Stunden warten müssen!"

(Fortsetzung folgt.)